

Japan nach Fukushima: Eine »Restrisikogesellschaft« im Aufbruch?¹

1. Einleitung

Am 26. April 1986 kam es im Kernkraftwerk von Tschernobyl als Folge menschlichen und technischen Versagens zu einem katastrophalen Unfall. Die aus dem Kraftwerk entströmende atomare Wolke kontaminierte viele Länder Europas radioaktiv, und erstmals nahm die »Risikogesellschaft« konkrete Konturen an. Die Katastrophe erschütterte den technisch-ökonomischen Fortschrittsglauben der modernen Industriegesellschaft, die, so der Soziologe Ulrich Beck im Jahr der Katastrophe,² immer mehr gekennzeichnet ist durch die Produktion von Risiken, die sich in irreversiblen Gefährdungen der menschlichen Lebensgrundlagen niederschlagen. Die »Risikogesellschaft«, so die Hauptaussage seines Werks, ersetze die moderne Industriegesellschaft mit ihren Klassenstrukturen und Klassen durch »Gefährdungslagen«, die klassenunabhängig definiert werden.³ Diese Aussage brachte ihm von Soziologen weltweit harsche Kritik ein, auch wenn nach Tschernobyl die Interpretation der Gegenwartsgesellschaft als »Risikogesellschaft« vielfach Anerkennung gefunden hat.⁴ Angesichts der von der modernen Industriegesellschaft in zunehmender Zahl produzierten existenzbedrohenden Risiken definierte Beck als wesentliche Aufgabe des demokratischen Systems die »Alternative aufzubrechen«.⁵

Die Hoffnung Becks, das Bewusstsein möge das Sein bestimmen,⁶ um diesen Aufbruch zu bewerkstelligen, erwies sich allerdings als allzu idealistisch. Die politisch-institutionelle Antwort auf Tschernobyl in den meisten entwickelten Industrienationen bestand darin, die im Atomunfall zur Realität gewordenen »Risiken« mittels des Einsatzes aller erdenklichen Sicherheitsvorkehrungen – oder der Suggestierung dieses Einsatzes – auf ein gesellschaftlich zu akzeptierendes »Restrisiko« zu mini-

1 Mein Dank gilt der Japan Society for the Promotion of Science (JSPS) und dem DAAD für die Unterstützung meines Forschungsaufenthalts in Japan.

2 Beck 1986, S. 17.

3 Ebd., S. 48.

4 Stellvertretend für die Kritiker seien hier Geißler 1996 und Atkinson 2007 genannt.

5 Beck 1986, S. 106. Dieser Aufbruch kann nach Beck 1991 direkt in die »andere« oder »zweite« Moderne münden. Diese Annahme wurde allerdings kritisiert als »quasi geschichtsphilosophischer Enthusiasmus« und daher als »wenig plausibel«; vgl. Wiesenthal 1994, S. 140. Allerdings erscheint auch Wiesenthals Verweis auf die »Lernchancen der Risikogesellschaft«, die »sozialen Kreativitätspotentiale« und »Innovationsstrategien« von Wirtschaft und Politik als wenig fundiert.

6 Beck 1986, S. 31

mieren. Die »Risikogesellschaft« wurde verkleinert zur »Restrisikogesellschaft«, in der »alle bestehenden Risiken unter einem vertretbaren/akzeptierbaren Grenzkrisiko liegen«. ⁷

Mit der Atomkatastrophe von Fukushima, die mittlerweile ebenso wie Tschernobyl als »katastrophaler Unfall« der höchsten Kategorie eingestuft wird, wankt ein Vierteljahrhundert nach der ersten Erschütterung des ökonomischen Fortschritts-glaubens nun auch das Paradigma vom »vertretbaren« Restrisiko. Nachdem am 11. März 2011 das schwerste Erdbeben seit Beginn der Aufzeichnungen die Tōhoku-Region im Nordosten Japans erschüttert und eine Flutwelle von vernichtenden Ausmaßen ausgelöst hatte, kam es in drei der sechs Reaktorblöcke des Kraftwerks Fukushima Daiichi zu Kernschmelzen, durch die große Mengen an radioaktivem Material freigesetzt und Luft, Böden und Wasser in der weiteren Umgebung kontaminiert wurden. Betroffen waren insbesondere landwirtschaftliche Anbauflächen in den Präfekturen Fukushima und Ibaraki, die eine bedeutende Rolle in der japanischen Landwirtschaft und Fischerei und der Lebensmittelversorgung des etwa 250 Kilometer entfernten Großraums Tōkyō-Yokohama spielen.

Durch die Atomkatastrophe wurden die Risiken der Atomkraft für die Japaner real erfahrbar, und mit den Explosionen der Reaktoren rückten sie schlagartig in das Bewusstsein von Bevölkerung und politisch Verantwortlichen. Die Interpretation fortgeschrittener Gegenwartsgesellschaften als »Risikogesellschaften« und die damit verbundenen gesellschaftlichen und politischen Implikationen sind nunmehr aktueller denn je. Die vorliegende Analyse soll deshalb klären, ob die von Beck als allgemeingültig angenommenen Thesen und Prognosen zur »Risikogesellschaft« ⁸ sich angesichts der Katastrophe in Japan strukturell und empirisch bestätigen lassen und ob ein Bewusstwerdungsprozess in Gang gesetzt wurde, der politische Lösungen einfordert.

Die Analyse wird hierbei von fünf Kernthesen der Theorie der Risikogesellschaft geleitet: (1) Risiken und Risikofolgen sind in besonderem Maße offen für soziale Definitionsprozesse, deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, wer im politischen System Definitionsmacht besitzt. (2) Der Bewusstwerdungsprozess verläuft vom Bewusstsein zum Sein. (3) Risikofolgen sind angesichts ihrer Komplexität nicht objektivierbar. (4) Risikolagen beruhen auf einer nichtmateriellen Verteilungslogik. (5) Die katastrophale Gesellschaft ist gekennzeichnet durch eine Reorganisation von

7 So das Bayerische Landesamt für Umwelt 2010 in seiner Definition des »Restrisikos«. Zwar wurde in Deutschland bereits im Urteil von Kalkar im Jahr 1978 vom Bundesverfassungsgericht festgelegt, dass die Bevölkerung mit der Nutzung der Atomenergie ein »Restrisiko« als »sozialadäquate Last« zu tragen habe, organisatorische Strukturen wie das Bundesumweltministerium oder das Amt für Strahlenschutz, die die Einhaltung der Sicherheitsstandards garantieren sollten, wurden aber erst als Reaktion auf die Tschernobyl-Krise eingerichtet.

8 Die Analyse konzentriert sich hierbei auf Becks gesellschaftstheoretischen Ansatz, wie er ihn 1986 formuliert hatte. Spätere Ausführungen und Ergänzungen des Modells im Hinblick auf Globalisierung und Kosmopolitismus, Europäisierung, Weltrisikogesellschaft oder internationalen Terrorismus bleiben hier unberücksichtigt.

Macht, wodurch eine soziale Gefährdungslage entsteht, in der die politische Legitimation gefährdet ist.

Analysiert wurden hierbei Risikodefinition und Risikobewusstsein, Risikofolgen und Risikoverteilung sowie Krisenbewältigung und politische Implikationen. Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt auf den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen nach dem Atomunfall vom 11. März 2011.

2. Risikodefinition und Risikobewusstsein

Eine Grundthese zur Risikogesellschaft besagt, dass die gesellschaftliche Produktion von Reichtum heute einhergeht mit der gesellschaftlichen Produktion von Risiken, die in zunehmendem Maße die menschlichen Lebensgrundlagen bedrohen.⁹ Hierbei sind nicht nur bereits eingetretene Folgen und Schädigungen von Bedeutung, sondern vor allem auch zukünftige, weshalb Risikobewusstsein nicht aus der sinnlichen Wahrnehmung der Gefahr entsteht, sondern aus dem Wissen um das Risiko – zumindest bis zu dessen Materialisierung zum Beispiel durch einen Atomunfall. Demgemäß gewinnt das Wissen politische Bedeutung. Das Wissen kann jedoch verkleinert, vergrößert oder einfach verdrängt oder weginterpretiert werden.¹⁰ Die Risiken werden daher von den an der Aufrechterhaltung des ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen *Staus quo* interessierten Akteuren verbal minimiert und auf ein akzeptierbares Niveau des »Restrisikos« verkleinert, um der Bewusstwerdung, das heißt der Wahrnehmung und Neubewertung durch die Öffentlichkeit, entgegenzuwirken. Wesentlich für die Bewusstwerdung ist daher auch, wer im politischen System Definitionsmacht besitzt,¹¹ wobei die aktuelle oder potentielle Kontrollfunktion der mediengesteuerten Öffentlichkeit gegenüber politischen Entscheidungen essentiell ist.¹²

Dem Prozess der Bewusstwerdung der Risiken kommt somit eine erhebliche Bedeutung zu. Im Falle der Atomkraft stellen sich die Fragen, wie groß das Wissen um die Risiken von Atomkraftwerken in der Bevölkerung war, wie die Wahrnehmung der Risiken beeinflusst wurde, wer also im politischen System die Definitionsmacht besaß, und welche Rolle der mediengesteuerten Öffentlichkeit zukam. Da sich durch die Atomkatastrophe von Fukushima das »Restrisiko« in eine reale Betroffenheit gewandelt hat, muss zudem hinterfragt werden, inwieweit dies den Prozess der Bewusstwerdung des Risikos in der Gesamtbevölkerung beeinflusst hat und ob eine Neuinterpretation der Risiken durch die politisch Verantwortlichen erfolgt ist.

9 Beck 1986, S. 25.

10 Ebd., S. 31, 100.

11 Ebd., S. 320.

12 Ebd., S. 315.

2.1 Risikodefinition und Definitionsmacht

Bis zur Atomkatastrophe von Fukushima setzten alle japanischen Regierungen, die seit der Formierung des Parteiensystems 1955 bis zum »historischen Machtwechsel« im Jahr 2009 durchgehend von der konservativen Liberaldemokratischen Partei (LDP) gestellt wurden,¹³ uneingeschränkt auf Atomkraft. Japan verfügt nur über wenige erschlossene eigene Energieressourcen, weshalb der Kernkraft in der Energiepolitik der Regierung bisher hohe Priorität beigemessen wurde. Betont wurde vor allem die enorme Bedeutung der Atomkraft für das japanische Wirtschaftswachstum und damit den gesamten Wohlstand der Gesellschaft. Auch die ab 2009 regierende Demokratische Partei Japans (DPJ), eine relativ neue politische Kraft, die sich aus ehemaligen Abgeordneten des sozialdemokratischen und konservativen Lagers zusammensetzte, propagierte nach verschiedenen Änderungen ihrer Atompolitik schließlich einen Ausbau der Nutzung von Atomkraft.¹⁴

Die Definitionsmacht für Probleme und Prioritäten lag bis zum Verlust der Regierungsmacht der LDP bei Japans »Zirkel der Macht«,¹⁵ bestehend aus (LDP-)Politikern, Ministerialbürokratie, Wirtschaftsführern und den einflussreichsten Medien des Landes, deren wechselseitige Abhängigkeit groß war. So waren Politiker im Gesetzgebungsprozess auf fachgeschulte Beamte angewiesen und hingen von Spenden der Wirtschaft und der wirtschaftlichen Interessengruppen ab, die an einer Durchsetzung ihrer wirtschaftspolitischen Interessen über Politik und Bürokratie interessiert waren; die Ministerialbürokratie wiederum war einerseits auf die Politiker im Hinblick auf innerbürokratische Karrieren angewiesen und benötigte andererseits Anstellungen für pensionierte Beamte in Wirtschaft und Politik. Die führenden Medien hingen von diesem »Zirkel der Macht« in Bezug auf eine exklusive Versorgung mit Informationen ab, die ihnen ihre Oligopolstellung sicherte, während die Eliten im Gegenzug die Medien für die Vermittlung ihrer Interessen benötigten. Diese Möglichkeiten der gegenseitigen Einflussnahme begünstigten die Orientierung an der Interdependenz der Interessen.

Vor allem die Beziehungen zwischen der politischen und bürokratischen Elite des Landes und den großen Energieversorgern kann als ausgesprochen eng bezeichnet werden. Gemäß einer Analyse der Nachrichtenagentur Kyodo News stammten im Jahr 2009 70 Prozent der Spenden an die LDP von den neun Energiekonzernen, die Atomanlagen betrieben.¹⁶ Allerdings erhielten nicht nur LDP-Politiker Spenden aus der Wirtschaft, sondern auch führende Politiker der DPJ. So wurde im Januar 2012

13 Die LDP stellte seit 1955 durchgehend die Regierung in Japan, sieht man einmal ab von einem kurzfristigen Machtverlust im Jahre 1993. Im Anschluss daran war die LDP seinerzeit zwar zu wechselnden Koalitionen gezwungen, stellte aber ab 1996 wieder stets den Ministerpräsidenten.

14 So sollte der Anteil des Atomstroms bis zum Jahr 2030 von 30 auf über 50 Prozent steigen, weshalb 14 neue Atomkraftwerke geplant waren. Überdies wurde im DPJ-Wahlmanifest 2010 das Ziel der Steigerung des Exports von Nukleartechnologie festgeschrieben. Siehe DPJ 2010, S. 6.

15 Schmidt 2005 a.

16 Kyodo News, zitiert nach Japan Times 2011.

bekannt, dass die AKW-Betreiberfirma Tepco (Tokyo Electric Power Company, *Tôkyô denryoku*) mehr als 50 Millionen Yen für Eintrittskarten zu Wahlspendepartys von über 100 Politikern ausgegeben hatte.¹⁷ Zu den zehn Personen, die am meisten von dieser Praxis profitiert hatten, gehörten neben führenden LDP-Politikern ebenso der frühere DPJ-Präsident Ozawa Ichirô, der DPJ-Wirtschaftsminister Edano Yukio sowie der Vorsitzende des Ausschusses für politische Grundsatzfragen der DPJ, Sengoku Yoshito.¹⁸

Auch versuchten öffentliche Stellen massiv, die Haltung der Bevölkerung zur Atomkraft zu beeinflussen. So wurde bekannt, dass im Juni 2011 in einer an die Bevölkerung der Präfektur gerichteten Informationssendung des Fernsehens zur Wiederinbetriebnahme des Kernkraftwerkes Genkai (Präfektur Saga) als »Bürger« getarnte Mitarbeiter von Kepco (Kyûshû Electric Power Company, *Kyûshû denryoku*), dem Betreiber der Atomanlage, auf Anraten des Amtes für Rohstoffe und Energie (*Shigen enerugi chô*) die Wiederinbetriebnahme des AKWs gefordert hatten. Der Aufdeckung dieses skandalösen Vorfalls folgte eine ganze Reihe ähnlicher Enthüllungen, welche die enge Verstrickung von staatlichen Behörden, Teilen der Regierungsparteien LDP und DPJ und der Atomindustrie ans Tageslicht beförderten. Der Abschlussbericht des unabhängigen Untersuchungsausschusses zu Symposien im Zusammenhang mit Atomkraftwerken¹⁹ listet diverse Fälle aus den letzten fünf Jahren auf, in denen Mitarbeiter des Amtes für Rohstoffe und Energie, der Atomaufsichtsbehörde NISA (Nuclear and Industrial Safety Agency, *Genshiryoku anzen hoan in*) und von Energieversorgungsunternehmen bei Bürgerversammlungen und Symposien Mitarbeiter von Atomkraftwerken als Teilnehmer mobilisierten.

Der Untersuchungsbericht der von der Regierung nach dem Unfall von Fukushima eingesetzten unabhängigen Kommission²⁰ nennt als Ursachen der Katastrophe nicht nur mangelnde Kompetenz und Risikovorbereitung seitens der AKW-Betreiberfirma Tepco, sondern auch nichtadäquate organisatorische Strukturen innerhalb der japanischen Atomaufsichtsbehörde NISA und die Verletzung ihrer Atomaufsichtspflicht sowie ein Versagen der Regierungen im Hinblick auf die Schaffung solcher Strukturen. In erster Linie wurde die Einrichtung einer vom Wirtschaftsministerium unabhängigen Atomaufsichtsbehörde durch die DPJ versäumt, obgleich sie als Oppositionspartei dies in früheren Parteiprogrammen gefordert hatte.

Auch nach der Regierungsbildung durch die DPJ im Jahr 2009 lag die Definitivität bezüglich der Risiken der Atomkraft somit weiterhin bei Japans »Zirkel der Macht«, ungeachtet des von der Partei zuvor bekundeten Willens, diesen zu

17 100 Yen entsprechen etwa 0,90 Euro (Stand: Dezember 2012).

18 Asahi shinbun 2012 a.

19 Der Abschlussbericht wurde am 30. September 2011 vorgelegt. Siehe Genshiryoku hatsuden ni kakaru shinpojiumu nado ni tsuite no daisansha chôsa iinkai 2011.

20 Die von der Regierung Kan zur Prüfung der Vorgänge im Zusammenhang mit der Reaktorkatastrophe eingesetzte unabhängige Untersuchungskommission legte bereits im Dezember 2011 einen vorläufigen Bericht vor. Siehe NAICC 2011.

zerschlagen und die Bürger in den Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen,²¹ und auch die enge Vernetzung der Energiewirtschaft mit der Elite des politischen Sektors durch Spenden an Abgeordnete blieb unangetastet.

2.2 Die Rolle der mediengesteuerten Öffentlichkeit

Es ist vor allem der hohen Kapitalkonzentration im japanischen Mediensektor anzulasten, dass die mediengesteuerte Öffentlichkeit in der Vergangenheit ihrer Kontrollfunktion gegenüber politischen Entscheidungen nicht gerecht wurde. Die Medienlandschaft wird beherrscht von fünf großen Medienkonzernen, die wirtschaftlich eng verknüpft sind mit den fünf großen Tageszeitungen. Im staatlichen Bereich fungiert die Sendeanstalt NHK (*Nihon hōsō kyōkai*) als alleinige Repräsentantin des öffentlich-rechtlichen Sektors, wobei Programmgestaltung, Personalentscheidungen und Budget der Kontrolle der Politik unterliegen. Die jahrzehntelange Vorherrschaft der LDP im politischen System Japans bedingte daher eine entsprechend liberalkonservative programmatische Ausrichtung von NHK.

Im Unterschied zu NHK unterliegen die privaten Massenmedien keinem direkten Einfluss der Politik, vielmehr garantiert Artikel 21 der japanischen Verfassung die Freiheit der Rede, der Presse und anderer Ausdrucksformen. Allerdings bestehen auch hier Wege der Einflussnahme, insbesondere durch das staatliche Lizenz- und Kontrollrecht, dem die japanischen Fernsehsender unterliegen, und mittels der Presseklubs (*kisha kurabu*), die allen politischen Organisationen Japans, Ministerien und Behörden, Gerichten, Interessenverbänden, einzelnen Großunternehmen sowie diversen anderen Institutionen zugeordnet sind.²² Die Journalisten der großen Medienunternehmen sind in der Regel Mitglieder eines solchen Klubs, in dem sie den größten Teil ihrer Arbeitszeit zubringen. Bei regelmäßigen Gesprächsterminen erhalten sie dort exklusive Informationen, von deren Zugang Nichtmitglieder ausgeschlossen bleiben. Die Presseklubs fördern somit eine direkte Einflussnahme von Politik, Verwaltung und Wirtschaft sowie einzelner Lobbyorganisationen auf die Inhalte von Artikeln und Sendungen; im Gegenzug garantiert das Presseklubsystem die Vormachtstellung der großen Medienkonzerne durch den Ausschluss kleiner und kritischer Medien vom Zugang zur Information. Es besteht somit ein wechselseitiges Interesse der Eliten an der Beibehaltung dieses Systems.²³

Auch die großen Werbeagenturen nahmen entscheidenden Einfluss auf die Berichterstattung. So können Asiens größte Werbeagenturen Dentsū und Haku-hōdō²⁴ wegen der finanziellen Abhängigkeit der Zeitungen und Fernsehanstalten

21 So forderte die Partei ein Verbot des *amakudari*-Prinzips der Einstellung pensionierter Beamter durch die Privatwirtschaft, ein Verbot des Kaufs von Fundraising-Tickets durch organisierte Interessen sowie »die vertikal strukturierte, von organisierten Interessen dominierte Gesellschaft zu ersetzen durch eine horizontal strukturierte Gesellschaft, die auf menschlichen Beziehungen basiert«. Vgl. DPJ 2009, S. 4.

22 Zu den Klubs vgl. Freeman 2000, S. 72 f.; Schmidt 2005 a, S. 135 ff.

23 Zur Bedeutung der Massenmedien in Japan vgl. Schmidt 2005 a, Kapitel 4.2.5.

24 Weltweit ist Dentsū die fünfgrößte Nachrichtenagentur, Haku-hōdō die achtgrößte. Vgl. Dentsu 2010, S. 5.

von Werbeeinnahmen starken Einfluss auf die Inhalte von Artikeln und Fernsehsendungen in Bezug auf die von ihnen vertretenen Firmen nehmen. Gemäß einer Untersuchung des Nikkei Advertising Research Institute gab der Energiekonzern Tepco allein im Jahr 2010 knapp 27 Milliarden Yen für Werbung aus und war damit der zehntgrößte Geldgeber der Medien im Land.²⁵

Die finanzielle Abhängigkeit der Medien vom Werbemarkt, der Fernsehsender vom staatlichen Lizenzrecht sowie die Organisation in Presseklubs eröffnen somit den wirtschaftlichen und politischen Eliten erhebliche Einflussmöglichkeiten auf die Inhalte der Berichte. Die marktbeherrschenden Medien sehen ihre Aufgabe daher eher in der Vermittlung des Regierungs- und Verwaltungshandelns und korporativer Interessen denn oppositioneller Meinungen in das System und definieren sich nicht als Forum einer kritischen Öffentlichkeit.

2.3 Die Haltung der Bevölkerung zur Atomkraft

Zur Haltung der japanischen Bevölkerung zur Nutzung von Atomkraft liegen diverse Studien vor; so führt beispielsweise das Kabinettsamt (*Naikakufu*) regelmäßig alle sechs Jahre eine Befragung zu diesem Thema durch. Gemäß der Erhebung des Jahres 2009 befürworteten etwa 60 Prozent der Befragten einen weiteren Ausbau der Atomkraft in Japan, etwa 20 Prozent waren für die Erhaltung des aktuellen Zustands und lediglich 16 Prozent für einen Ausstieg.²⁶

Allerdings räumte bei allen Befragungen seit 1999 eine Mehrheit der Befragten ein, ein Gefühl der Unsicherheit hinsichtlich der Nutzung von Kernkraft zu empfinden, und nur ein Viertel gab 1999 und 2005 an, ein sicheres Gefühl zu haben. Der Anstieg dieser Gruppe auf rund 42 Prozent im Jahr 2009 lässt sich ursächlich auf die damalige Intensivierung der öffentlichen Diskussion um den Klimawandel zurückführen.

Im Vorfeld des Umweltgipfels von Kopenhagen 2009 kündigte der damalige LDP-Ministerpräsident Asô Tarô an, die umweltschädlichen Treibhausgase bis zum Jahr 2010 auf ein Niveau zu reduzieren, das um 15 Prozent unter dem des Jahres 2005 liegen sollte.²⁷ Die damals noch oppositionelle DPJ verkündete gar, eine Reduktion auf ein Niveau anzustreben, das um 25 Prozent unter dem des Jahres 1990 liegen sollte, und schrieb dieses Ziel in ihrem Wahlmanifest zur Unterhauswahl 2009 fest.²⁸ Zur Erreichung ihrer Ziele propagierten beide Parteien – ähnlich wie die amerikanische Regierung – einen Ausbau der Nutzung von Atomkraft. Diese erfuhr hierdurch eine wesentliche Neuinterpretation im Sinne einer »grünen«, umweltschonenden Energie.

Diese Neuinterpretation traf offensichtlich auch in der japanischen Bevölkerung auf Zustimmung. Insgesamt stieg nicht nur die Zahl derjenigen stark an, die ein sicheres Gefühl zur Kernenergienutzung bekundeten, sondern auch die Zahl der

25 Handelsblatt 2011.

26 Naikakufu 2009, S. 2.

27 Sawa 2009.

28 DPJ 2009, S. 23.

Befürworter eines Ausbaus der Kernenergie nahm von 55 Prozent im Jahr 2005 auf 60 Prozent im Jahr 2009 zu. Die Zahl derjenigen, die einen Ausstieg befürworteten, sank hingegen leicht von 17 auf 16 Prozent.²⁹

Da weder die Protagonisten im politisch-administrativen System noch die von den relevanten Medien gesteuerte Öffentlichkeit die Atomkraft kritisch hinterfragten, lag die Zahl der Befürworter von Atomkraft in Japan im internationalen Vergleich erwartungsgemäß relativ hoch. Gemäß einer wenige Wochen nach der Atomkatastrophe vom März 2011 in 47 Ländern durchgeführten Umfrage gaben 62 Prozent der Japaner an, die Nutzung von Atomkraft vor dem Atomunfall befürwortet zu haben. Unter den wichtigen Industrie- und Schwellenländern war die Zahl der Befürworter nur in China (83 Prozent), Frankreich (66 Prozent) und Russland (63 Prozent) höher gewesen. Nach der Atomkatastrophe war insgesamt eine deutliche Abnahme der Zahl der Befürworter der Nutzung von Kernenergie und eine gleichzeitige Zunahme der Atomkraftgegner zu verzeichnen: Während in allen Ländern unter den Befragten die Zahl der Befürworter im Durchschnitt von 57 Prozent vor der Katastrophe um acht Prozentpunkte auf 49 Prozent sank, stieg die Zahl der Atomkraftgegner von 32 Prozent auf 43 Prozent an. Vor allem in Japan sank die Zahl der Befürworter drastisch um insgesamt 23 Prozentpunkte auf nur noch 39 Prozent. Demgegenüber nahm die Zahl der Atomkraftgegner um knapp 20 Prozent auf 47 Prozent zu. Im Hinblick auf den prozentualen Anteil der Atomkraftgegner lag Japan nunmehr auf dem fünften Rang hinter Italien, Deutschland, Brasilien und Kanada.³⁰

Auch Umfragen der japanischen Tageszeitung *Asahi shinbun* aus den Jahren 2007 und 2011 belegen eine deutliche Zunahme der Befürworter eines Atomausstiegs. So ergab die Erhebung vom April 2011, dass der Prozentsatz der Befragten, die für eine Reduktion der Kernenergienutzung oder den Ausstieg waren, von 28 Prozent im Jahr 2007 angesichts der Fukushima-Katastrophe auf 41 Prozent gestiegen und die Zahl der Befürworter eines Ausbaus der Kernenergie von 13 Prozent auf nur noch fünf Prozent gesunken war.³¹ Laut einer Erhebung der gleichen Tageszeitung sprachen sich im Juni 2011 etwa 74 Prozent der Befragten für einen künftigen Ausstieg aus.³² Auch der öffentlich-rechtliche Fernsehsender NHK³³ fragte, wie mit den japanischen Atomkraftwerken verfahren werden sollte. Die Umfrageergebnisse belegen, dass mit zunehmender Information über die Katastrophe die Zahl derjenigen, die für einen Ausstieg waren, deutlich zunahm: Wollten im April 2011 noch 42 Prozent der Befragten den gegenwärtigen Zustand beibehalten, so hatte sich diese Zahl im Oktober nahezu halbiert auf 23 Prozent und blieb danach relativ stabil. Gleichzeitig nahm die Zahl derjenigen, die alle AKWs abschalten wollten, von zwölf Prozent im April auf 24 Prozent im Oktober stark zu. Bis März 2012 zeigt sich

29 Naikakufu 2009, S. 2.

30 Gallup 2011.

31 *Asahi shinbun* 2011 a.

32 *Asahi shinbun* 2011 b.

33 NHK 2011/2012.

nochmals eine Zunahme um vier Prozentpunkte auf 28 Prozent. Auch wenn sich die angeführten Umfragen nicht direkt miteinander vergleichen lassen, kann aus den Ergebnissen doch auf einen tiefgreifenden Wandel in der Einstellung zur Nutzung der Atomkraft geschlossen werden, deren zukünftige Perspektiven mittlerweile von einem großen Teil der Bevölkerung ausgesprochen skeptisch beurteilt werden. Die reale Betroffenheit hat somit den Bewusstwerdungsprozess stark befördert und in der Bevölkerung den Wunsch nach Beseitigung des Risikos geweckt.

2.4 Die Risikodefinition durch die politisch Verantwortlichen nach Fukushima

Die wachsende Ablehnung von Atomkraft innerhalb der japanischen Bevölkerung nach der Atomkatastrophe von Fukushima schlug sich auch in den Politikmaßnahmen der Regierung von Ministerpräsident Kan Naoto (DPJ) und einer drastischen Änderung der bestehenden Atompolitik nieder. So ergriff die Regierung in den Monaten nach dem 11. März 2011 weitreichende Maßnahmen zur Verhütung weiterer Unfälle und nahm eine Neuformulierung ihrer Atompolitik vor. Am 6. Mai 2011 erfolgte eine Anordnung zur Stilllegung des in der Präfektur Shizuoka nur 170 Kilometer südlich der Hauptstadt Tôkyô gelegenen Reaktors Hamaoka, der sich in unmittelbarer Nähe einer immer wieder von Erdbeben betroffenen Subduktionszone befindet. Anfang Juni 2011 erfolgte eine Anordnung der Regierung zur Durchführung von Stresstests für alle 54 Atomreaktoren Japans in Anlehnung an die von der EU durchgeführten Tests. In den folgenden Monaten wurden alle japanischen Atomreaktoren vom Netz genommen, wobei zum gegenwärtigen Zeitpunkt offen bleibt, ob und wann sie wieder in Betrieb gehen werden. Im Juli 2011 waren von den 54 Reaktoren Japans noch 19 in Betrieb, im Februar 2012 nur noch zwei, und am 5. Mai 2012 wurde das letzte Atomkraftwerk zum Zwecke der Überprüfung abgeschaltet.³⁴

Am 13. Juli erklärte Ministerpräsident Kan seine Absicht zu einem Ausstieg aus der Atomenergie in Schritten. Wenngleich diese Erklärung vom Regierungssprecher zunächst als persönliche Meinung des Ministerpräsidenten bezeichnet wurde, bekannte sich die Regierung bereits am 29. Juli zu einem schrittweisen Ausstieg als offiziellem Ziel der Demokratischen Partei.³⁵

Ministerpräsident Kan konnte den Atomausstieg in seiner Amtszeit jedoch nicht mehr verwirklichen. Bereits kurz nach der Atomkatastrophe wurde sowohl von der politischen Opposition, insbesondere der LDP, als auch von Teilen der eigenen Partei die Forderung nach einem Rücktritt der Regierung Kan erhoben. Am 27. August 2011 kam Kan der Forderung schließlich nach, wobei sein Rücktritt einer Analyse der Tageszeitung *Asahi shinbun* zufolge durch das Zusammenwirken von inner-

34 Reaktorblock 3 des Kernkraftwerks von Ôi wurde schließlich am 2. Juli 2012 wieder in Betrieb genommen, Reaktorblock 4 am 19. Juli (Japan Times 2012 c; Japan Times 2012 d). Die im Dezember 2012 gewählte neue LDP-Regierung plant ein Wiederaufahren der Atomkraftwerke, sofern die Ergebnisse der technischen Überprüfung dem nicht entgegenstehen.

35 Japan Times vom 30. August 2011, zitiert nach Kingston 2011.

parteilichen Gegnern und einer Koalition von Kräften bewirkt wurde, die einen Ausstieg aus der Kernenergie verhindern wollten.³⁶

Nach dem Rücktritt von Kan Naoto als amtierendem Ministerpräsidenten und Präsidenten der DPJ fanden am 29. August 2011 Neuwahlen zur DPJ-Präsidentenschaft statt. Im Mittelpunkt stand hierbei vor allem die künftige Energiepolitik des Landes. Insgesamt traten fünf Kandidaten zur Wahl an, die allesamt in den vorherigen Kabinetten von Ministerpräsident Kan vertreten gewesen waren. Die kritischste Haltung zur Atomenergie nahm der ehemalige Verkehrsminister Mabuchi ein, der sich ebenso für den Ausbau erneuerbarer Energie aussprach wie für ein Ende der Wiederaufbereitungstechnologie. Auch Ex-Außenminister Maehara Seiji trat explizit für einen mittelfristigen Ausstieg aus der Kernenergie ein, während Landwirtschaftsminister Kano Michihiko einem gemischten Energiekonzept unter Einschluss der Atomkraft den Vorzug gab. Finanzminister Noda Yoshihiko und Wirtschaftsminister Kaieda Banri zeigten sich skeptisch im Hinblick auf einen Atomausstieg, wobei insbesondere die Abwanderung einheimischer Industrien aufgrund drohender Stromknappheit als Argument gegen einen Ausstieg angeführt wurde. Während Kaieda einen langfristigen Ausstieg bis zum Jahr 2040 in Aussicht stellte, plädierte Noda für die Wiederherstellung des Vertrauens der Bevölkerung in die Atomkraft.³⁷

Zum DPJ-Präsidenten und anschließend auch zum Ministerpräsidenten gewählt wurde schließlich Noda Yoshihiko, wobei man auf eine Beteiligung der Parteimitglieder verzichtete und lediglich die DPJ-Mitglieder im Parlament zur Abstimmung bat.³⁸ Der neue Ministerpräsident Noda äußerte sich auch nach seiner Wahl nicht eindeutig zur Zukunft der Kernenergie. Zwar sprach er sich nunmehr einerseits für einen langfristigen Ausstieg in Schritten bis zum Jahr 2030 aus, betonte aber andererseits erneut die Wichtigkeit einer stabilen Energieversorgung für die japanische Wirtschaft und schloss den Bau neuer Kernkraftwerke nicht aus.³⁹ Obwohl Noda sich bei der Wahl durchsetzen konnte, blieb die DPJ in dieser Frage tief gespalten. Dies zeigte sich auch im Vorfeld des Wiederanfahrens des stillgelegten Kernkraftwerks Ôi (Präfektur Fukui) im Sommer 2012. Am 6. Juni unterzeichneten 117 Parlamentarier der DPJ eine Petition, in der sie Ministerpräsident Noda aufforderten, seine Entscheidung zum Wiederanfahren des AKWs zu überdenken.⁴⁰ Gemäß der Tageszeitung *Asahi shinbun*⁴¹ war hierbei innerhalb der DPJ-Führung ein Meinungsspektrum von »absolut dafür« bis »absolut dagegen« vertreten.

36 Yoshibumi 2011.

37 Schmidt 2012 a; Schmidt 2012 b.

38 An sich sehen die Parteistatuten eine Befragung der Parteimitglieder vor. In dringenden Fällen kann jedoch eine Abstimmung unter den Mitgliedern des Parlaments durchgeführt werden.

39 Watanabe 2011.

40 Eine Liste der Unterzeichner findet sich unter <http://chiko123.blog.fc2.com/blog-entry-1096.html> (Zugriff vom 07.06.2012).

41 *Asahi shinbun* 2012 d.

Erstmals formierte sich wachsender Protest gegen die weitere Nutzung von Atomkraft auch auf lokaler Politikebene. Ende April 2012 schlossen sich etwa 70 Bürgermeister zu einer Gruppe gegen Atomkraft zusammen und verabschiedeten auf ihrer konstituierenden Sitzung eine Resolution, in der die Regierung dazu aufgefordert wurde, auf Atomkraft zu verzichten.⁴² Während somit auf der Ebene politischer Entscheidungsträger Anzeichen eines Umdenkens in der Frage der Nutzung der Atomkraft festzustellen sind, blieb das Meinungsbild in der DPJ und der Regierung Noda weiterhin uneinheitlich.

3. Risikofolgen und Risikoverteilung

Nach Beck ist die Bewertung von Risikofolgen schwierig, da die Diskussion fast ausschließlich in naturwissenschaftlichen Kategorien und Formeln geführt wird und Betroffene von Umweltkatastrophen daher »dem Urteil, den Fehlern, den Kontroversen der Experten ausgeliefert« sind.⁴³ Kurzschlüssig ist vor allem die Fokussierung der Diskussion auf die »im Durchschnitt unbedenklichen« Belastungen, weil hierdurch die »Unbedenklichkeitsfrage« nicht beantwortet werden kann. Zum einen wird unterstellt, dass alle Menschen unabhängig von Einkommen, Bildung und Beruf und den damit verbundenen Gewohnheiten gleichermaßen betroffen sind, zum anderen können sich solche »Unbedenklichkeiten« gefährlich summieren. Grenzwerte stehen daher nicht für eine »Verhinderung« der Vergiftung, sondern für das »zulässige Maß« der Vergiftung, weshalb Risiken und deren Folgen in besonderem Maße interpretierbar sind.⁴⁴

Die durch Risiken und ihre Folgen entstehenden Gefährdungslagen unterscheiden sich grundlegend von Schicht- oder Klassenlagen, da sie auf einer nichtmateriellen Verteilungslogik beruhen. Von Risiken sind, so Beck, alle gleichermaßen betroffen, private Fluchtwege und Kompensationsmöglichkeiten schrumpfen zusehends. »In diesem Sinne sind Risikogesellschaften gerade *keine* Klassengesellschaften; ihre Gefährdungslagen lassen sich nicht als Klassenlagen begreifen, ihre Konflikte nicht als Klassenkonflikte.«⁴⁵ Beck prognostiziert einen tiefgreifenden Gesellschaftswandel von der modernen Industriegesellschaft mit ihren klassenspezifischen Verteilungskonflikten hin zur industriellen Risikogesellschaft mit ihrer klassenunspezifischen Risikobetroffenheit.⁴⁶

42 Kyodo News 2012.

43 Beck 1986, S. 35.

44 Ebd., S. 31-33, 86.

45 Ebd., S. 48.

46 Der spätere Versuch Becks (zum Beispiel Beck 2007 a, S. 29; Beck 2007 b, S. 2), die »Wirklichkeit der Möglichkeit« vom konkreten Katastrophenfall (etwa der Explosion eines Atomkraftwerks) zu unterscheiden, erscheint wenig überzeugend, lässt sich doch das Risiko nicht von der Katastrophe und die Katastrophe nicht von ihren Folgen trennen.

Bei der Analyse der Risikofolgen und ihrer Verteilung ist somit zu hinterfragen, in welchem Maße die Betroffenen in der Beurteilung der Risikofolgen dem Urteil der Experten ausgeliefert waren, welche Rolle die Grenzwertdebatte innerhalb der Risikofolgenbeurteilung spielte und inwieweit sich hierbei eine Offenheit für soziale Definitionsprozesse zeigt. Zudem muss geklärt werden, wie sich nach dem Atomunfall die allgemeine Gefährdungslage für die Bevölkerung darstellt, ob private Fluchtwege und Kompensationsmöglichkeiten unmöglich sind und somit die reale Gefährdungsbetroffenheit tatsächlich soziale Unterschiede revidiert.

3.1 *Risikofolgen, Risikobeurteilung und Grenzwertdebatte*

Wie die gesamte Weltöffentlichkeit war auch die japanische Bevölkerung in der Interpretation der Ereignisse der Tage und Wochen nach dem 11. März 2011 von Anfang an in erheblichem Maße mit unterschiedlichen Einschätzungen konfrontiert. So erklärte die Betreiberfirma Tepco nach den ersten beiden Explosionen in den Atomreaktoren vom 12. und 14. März, deren Bilder um die Welt gingen, sie ginge nicht von einer Beschädigung der Reaktorhüllen und einer massiven Freisetzung von Radioaktivität aus, obwohl zu diesem Zeitpunkt von vielen Experten eine zumindest teilweise Kernschmelze in den Reaktoren bereits für wahrscheinlich erachtet wurde⁴⁷ und die Nachrichtenagentur Kyodo von einem deutlichen Anstieg der Radioaktivität in angrenzenden Regionen berichtete.⁴⁸ Erst am 6. Juni 2011 bestätigte die japanische Regierung offiziell, dass es unmittelbar nach Erdbeben und Tsunami des 11. März zu Kernschmelzen in drei Reaktoren kam und in den folgenden Tagen mehr als doppelt so viel an Radioaktivität freigesetzt wurde wie damals angenommen.

Die japanische Atomaufsichtsbehörde NISA hatte die Vorfälle im zuerst explodierten Reaktor 1 des AKW Fukushima Daiichi zunächst als einfachen »Unfall« der Stufe 4 der internationalen Bewertungsskala für nukleare Ereignisse eingeordnet, dann als »ernsten Unfall« der Stufe 5. Erst einen Monat nach Beginn der Katastrophe, am 12. April 2011, schätzte die NISA die Unfälle in den Reaktorblöcken 1, 2 und 3 als »Super-Gau« der Stufe 7 ein, die bislang nur der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 zuerkannt worden war. Diese Einstufung geht aus von der Annahme größter Freisetzung von Strahlung auch außerhalb der Anlage, erheblicher Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt in einem weiten Umfeld und gesundheitlicher Spätschäden über große Gebiete hinweg. Allerdings betonte die Behörde, trotz dieser Einstufung seien lediglich zehn Prozent der Emissionen von Tschernobyl freigesetzt worden.⁴⁹

Nach der Explosion im ersten Reaktorblock rief die Regierung am 12. März 2011 zur Evakuierung der Einwohner im Umkreis von 20 Kilometern um das havarierte Atomkraftwerk auf und erklärte diese Zone im April 2011 zum Sperrgebiet. Die USA hingegen rieten aufgrund der hohen Strahlung zu einer Evakuierung im

47 Spiegel online 2011.

48 Kyodo News, zitiert nach Welt online 2011.

49 METI 2011, S. 1.

Umkreis von 80 Kilometern um Fukushima Daiichi, während Frankreich bereits drei Tage nach dem Unfall, am 14. März, seine Bürger sogar aufforderte, das rund 250 Kilometer entfernte Tôkyô zu verlassen – ein Vorgehen, dem eine Reihe weiterer Staaten folgte, darunter auch Deutschland.

In den Tagen und Wochen nach dem 11. März kontaminierte radioaktiver Niederschlag Nahrungsmittel, Trinkwasser und landwirtschaftliche Anbauflächen vor allem in den für die Versorgung Tôkyôs wichtigen agrarisch geprägten Präfekturen Fukushima und Ibaraki. Die Regierung reagierte hierauf mit Verkaufsverboten für Produkte aus belasteten Anbaugebieten, was ihr scharfe Kritik von betroffenen Produzenten und ihren Verbänden einbrachte. Darüber hinaus setzte die Regierung allerdings auf das Prinzip der freiwilligen Selbstkontrolle und ließ staatliche Lebensmittelkontrollen durch eben jene lokalen Behörden durchführen, die in den Wochen nach der Katastrophe vielfach öffentlich die von der Zentralregierung eingeleiteten Maßnahmen als zu drastisch und die Grenzwerte als zu streng kritisiert hatten.⁵⁰ Angesichts dessen kann es nicht verwundern, dass ungeachtet der Kontrollen immer wieder radioaktiv belastete Lebensmittel in den Handel gelangten. Mitte Juni 2011 wurde bekannt, dass in Supermärkten in ganz Japan mit radioaktivem Cäsium belastetes Rindfleisch verkauft worden war. Wie in diesem Zusammenhang bekannt wurde, war mit Cäsium belastetes Heu auch auf einem Bauernhof in einer als »sicher« geltenden Region in etwa 80 Kilometern Entfernung vom havarierten Atommeiler verfüttert worden. Insgesamt sollen zwischen April und Juni 2011 etwa 320 Kilogramm Fleisch von Rindern in den Handel gelangt und verkauft worden sein, die mit verstrahltem Heu gefüttert worden waren.⁵¹

Nach der Atomkatastrophe legte die Regierung für Trinkwasser, Milch und Milchprodukte einen vorläufigen Grenzwert von 200 Becquerel pro Kilogramm fest sowie von 500 Becquerel für die drei Kategorien Gemüse, Getreide und andere Lebensmittel wie Fleisch, Eier und Fisch. Während die Grenzwerte in den betroffenen Präfekturen als zu streng kritisiert wurden, warf die deutsche Verbraucherchutzorganisation *foodwatch* der japanischen Regierung vor, ihre Bürger nur unzureichend darüber zu informieren, dass es keine »sicheren« Grenzwerte für die radioaktive Belastung von Nahrungsmitteln gäbe und jede noch so geringe radioaktive Strahlung ein gesundheitliches Risiko bedeute. Die Organisation forderte eine drastische Absenkung der Grenzwerte von Japan-Importen.⁵² Mitte Februar 2012 – fast ein Jahr nach der Katastrophe – befürwortete schließlich auch ein für Lebensmittelsicherheit zuständiges Gremium des japanischen Gesundheitsministeriums eine Senkung der Grenzwerte für Cäsium bei Lebensmitteln, Milch, Babynahrung und Trinkwasser, die im April in Kraft gesetzt wurde. Für die meisten Lebensmittel

50 Yomiuri shinbun vom 3. Juni 2011, zitiert nach Hayes 2012.

51 Tagesschau 2011.

52 Gefordert wurde eine Herabsetzung von 200 auf acht Becquerel Cäsium pro Kilogramm für Säuglingsnahrung und Milchprodukte sowie von 500 auf 16 Becquerel Cäsium pro Kilogramm für alle Nahrungsmittel. Vgl. foodwatch 2011.

liegt der nunmehr gültige Grenzwert nur noch bei einem Fünftel des bisherigen, bei Trinkwasser sogar nur bei einem Zwanzigstel.⁵³

Unter Zugrundelegung der Grenzwerte von 2011 wurden amtlichen Angaben der japanischen Regierung zufolge zwischen dem 19. März 2011 und dem 29. März 2012 132.516 Lebensmittelproben in ganz Japan untersucht, von denen 1.203 radionuklide Kontaminierungen über den Grenzwerten aufwiesen, was einem Anteil von unter einem Prozent entspricht. Die belasteten Proben stammten allesamt aus Ostjapan und zu 60 Prozent aus der Präfektur Fukushima. Insgesamt kamen knapp 80 Prozent der belasteten Lebensmittel aus Fukushima und den angrenzenden Präfekturen Ibaraki, Miyagi und Tochigi.⁵⁴ Auf der Grundlage der seit April 2012 geltenden niedrigeren Grenzwerte hätten sich allerdings gänzlich andere Ergebnisse ergeben: So wäre im Untersuchungszeitraum zwischen April und Juni 2011 der Anteil über den Grenzwert hinaus belasteter Proben aus der Präfektur Fukushima bei Gemüse von 10,5 auf 20,4 Prozent gestiegen, bei Früchten von 5,9 auf 37,8 Prozent, bei Rindfleisch von 2,1 auf 27,7 Prozent und bei Fisch und Meeresfrüchten von 15,6 auf 51,1 Prozent.⁵⁵ Gemäß den neuen Grenzwerten hätte somit ein erheblich größerer Teil der Nahrungsmittel nicht in den Handel gelangen dürfen.

Die »Unbedenklichkeitsfrage« konnte somit nicht beantwortet werden, und das zulässige »Maß an Vergiftung« bleibt unklar. Der Versuch der objektiven Rationalisierung der Risiken und Folgen des Atomunfalls von Fukushima mittels der Festsetzung von weiterhin strittigen Grenzwerten ist bislang nicht gelungen.

3.2 Risikofolgen und allgemeine Gefährdungslage

Nach übereinstimmenden Forschungsergebnissen trieben die kontaminierten Luftmassen vom havarierten AKW Fukushima Daiichi bis zum 20. März 2011 zum großen Teil auf den Pazifik hinaus. Hohe radioaktive Strahlung war in dieser Zeit vor allem in der Präfektur Fukushima und ihren Nachbarpräfekturen festzustellen. Zwischen dem 20. März und dem 19. April stieg das Kontaminierungsrisiko insbesondere für Ost- und Nordostjapan erheblich an, während es für Westjapan auch in diesen Wochen gering blieb.⁵⁶

Neben den offiziellen Daten zu den Risikofolgen liegen einige Studien von unabhängigen Forschern vor. Im Dezember 2011 stellte ein international zusammengesetztes Forscherteam der Universität Nagoya seine Untersuchung zur Verteilung und

53 Die seit April 2012 geltenden Grenzwerte liegen für Lebensmittel wie Reis und Fleisch bei 100 Becquerel, für Milch und Babynahrung bei 50 Becquerel und für Trinkwasser bei zehn Becquerel. Vgl. MHLW 2012 a, S. 3.

54 Eigene Berechnungen nach MHLW 2012 b.

55 MHLW 2012 a, S. 11.

56 WDR 2011.

Ausbreitung radioaktiver Elemente in Japan vor.⁵⁷ Als wichtigstes Ergebnis wurde festgehalten, dass Böden auch außerhalb der von der Regierung verhängten Sperrzone von 20 Kilometern um das havarierte Atomkraftwerk über die zulässigen Grenzwerte hinaus radioaktiv belastet sind, wobei die Verteilung der radioaktiven Elemente insbesondere von Regenfällen in den Wochen nach der Katastrophe beeinflusst wurde. Die Ergebnisse des internationalen Forscherteams basieren hierbei auf Schätzungen, da die vom japanischen Bildungsministerium (MEXT) vorgenommenen Messungen anhand von Bodenproben nur sporadisch und nicht in genügender Anzahl durchgeführt wurden.⁵⁸ In Anlehnung an die Schätzungen der Forscher kann der mögliche Gefährdungsgrad folgendermaßen eingeteilt werden: Am stärksten gefährdet ist die Präfektur Fukushima, insbesondere die unmittelbare Umgebung des Atomkraftwerks Fukushima Daiichi (Gefährdungsstufe 4), stark gefährdet sind die Nachbarpräfekturen Miyagi und Ibaraki (Stufe 3), gefährdet die Präfekturen Iwate, Yamagata, Tochigi und Chiba (Stufe 2). Als nur gering gefährdet gelten alle übrigen ostjapanischen Präfekturen (Stufe 1), während die westjapanischen Präfekturen als kaum oder gar nicht gefährdet gelten.⁵⁹

3.3 *Gefährdungslage und Klassenlage*

Wie aus den Ausführungen im letzten Kapitel ersichtlich, besitzt das Gesundheitsrisiko durch radioaktive Strahlung eine geographische Komponente. In den nordöstlichen Präfekturen, insbesondere Fukushima, Miyagi und Ibaraki, ist die Bevölkerung unmittelbar deutlich höheren Risiken ausgesetzt als etwa im Großraum Tôkyô-Yokohama. Die Gefährdungslage für den Großraum, in dem etwa ein Drittel aller Japaner lebt, ergibt sich aus der Tatsache, dass Agrarprodukte aus den betroffenen Präfekturen eine bedeutende Rolle für die Nahrungsmittelversorgung spielen.

Zur Beantwortung der Frage, inwieweit private Fluchtwege in der Risikogesellschaft tatsächlich schwinden und angesichts der für alle gleichen Gefährdungslage »klassenspezifische Schranken fallen«,⁶⁰ wurde im Zeitraum zwischen dem 16. Dezember 2011 und dem 4. Februar 2012 das Lebensmittelangebot in zwei Supermärkten der im Großraum Tôkyô-Yokohama gelegenen Stadt Kamakura einer systematischen Analyse unterzogen. Bei je drei Untersuchungen in diesem Zeitraum wurden Herkunft und Preis aller vorhandenen Wintergemüsesorten in

57 Die Forscher konzentrierten sich hierbei auf die Verseuchung der Böden mit langlebigem Cäsium 137, welches mit einer Halbwertszeit von 30,1 Jahren die größte Bedrohung für Landwirtschaft und die Gesundheit der Bevölkerung darstellt. Vgl. Yasunari et al. 2011, S. 19530.

58 Vgl. ebd. Den Ergebnissen zufolge wurden in den meisten östlichen Gebieten die Böden mit mehr als 1.000 Megabecquerel pro Quadratkilometer verstrahlt. In den Präfekturen um das Kernkraftwerk lagen die Werte sogar bei 10.000 bis mehr als 100.000 Megabecquerel. Allerdings weisen die Forscher darauf hin, dass genauere Messungen nötig seien, da die Verteilung radioaktiver Partikel in erheblichem Maße abhängig ist von Wetterlagen und geologischen Gegebenheiten.

59 Vgl. Tabelle 1 im Anhang.

60 Beck 1986, S. 47.

Filialen der Supermärkte Kinokuniya und Yaomine ermittelt. Während es sich bei Kinokuniya um eine Supermarktkette der oberen Preiskategorie mit gehobenem Warenangebot handelt, ist Yaomine ein lokaler Supermarkt mit einem Angebot der mittleren bis unteren Preiskategorie.⁶¹

Das Ergebnis der Untersuchung ergab, dass im Supermarkt Yaomine das Gemüse sehr häufig aus den stark gefährdeten Präfekturen stammte.⁶² Bei der ersten Untersuchung am 5. Januar stammte fast die Hälfte aller Gemüsesorten aus der Präfektur Ibaraki, in der die Belastung gemäß den Schätzungen nur knapp unter der von Fukushima liegt. Am 28. Januar fand sich sogar Gemüse aus der Präfektur Fukushima. Im Supermarkt Kinokuniya hingegen waren keine Lebensmittel aus Fukushima oder den angrenzenden Präfekturen in den Regalen. Oftmals stammte das Gemüse aus den als unbedenklich geltenden Präfekturen Westjapans oder (mit einer Ausnahme⁶³) aus den als nur gering gefährdet eingeschätzten Gebieten Ostjapans wie zum Beispiel der Nordinsel Hokkaidō. Die Reduktion möglicher Risikofolgen hat allerdings ihren Preis: So lag der durchschnittliche Gesamtpreis aller untersuchten Gemüsesorten im Kinokuniya-Markt mit knapp 3.300 Yen fast doppelt so hoch wie bei Yaomine mit etwa 1.800 Yen. Im Gegenzug war der durchschnittliche Gefährdungsgrad bei Kinokuniya (7) deutlich unter dem im Yaomine-Markt (22). Den Gesetzen des Marktes folgend, verteilen sich die Gefährdungsrisiken der Atomkatastrophe von Fukushima somit schichtspezifisch, da private Fluchtwege zwar möglich, aber von Einkommen und Kaufkraft abhängig sind. Die Verteilungslogik der Risiken folgt somit den Mustern der »alten« Industriegesellschaft.

4. Krisenbewältigung und politische Implikationen

Nach Beck ist die Risikogesellschaft eine »katastrophale Gesellschaft«, in der der Ausnahmezustand zum Normalzustand zu werden droht. Die Abwehr und Bewältigung von Katastrophen können eine Reorganisation von Macht und Zuständigkeit einschließen. Das politische System gerät in das Dilemma, angesichts der Gefahr zu versagen oder aber durch autoritäres Handeln demokratische Grundprinzipien außer Kraft zu setzen. Die Risikogesellschaft hat eine Tendenz zu einem »legitimen Totalitarismus der Gefahrenabwehr«, gegründet auf das Recht, das Schlimmste zu verhindern.⁶⁴

Wurzeln die Verteilungskonflikte in der modernen Industriegesellschaft in materiellem Mangel, so werden die Risiken heute durch industrielle Überproduktion erzeugt.⁶⁵ Risiken müssen daher als Produkt der industriellen Produktionsweise

61 Siehe »Kinokuniya«, <http://www.e-kinokuniya.com/kinokuniya.pdf>; »Kamakura Info: Yaomine«, <http://www.kamakura.info/S95266.html> (Zugriffe vom 17.05.2012).

62 Vgl. Tabelle 2 im Anhang.

63 Bei der Untersuchung am 1. Februar 2012 fand sich Spinat aus der als »gefährdet« eingestuften Präfektur Iwate.

64 Beck 1986, S. 31, 105 f.

65 Ebd., S. 29.

gedeutet werden. Werden die Risiken jedoch als Industrialisierungsfolge anerkannt, wandelt sich das Risiko in ein politische Lösungen einforderndes Problem. Risiken werden damit zum Motor der Selbstpolitisierung.⁶⁶ Weitreichende Prozesse der Lockerung von Parteibindungen in der Wählerschaft sowie die Mobilisierung von Bürgern und Bürgerprotesten werden zu einem beunruhigenden Faktor in der Politik. Als Folge der Kluft zwischen den Interessen der Wähler und ihrer politischen Repräsentanz schwindet zunehmend die Legitimation des politischen Systems.⁶⁷ Die »Alternative aufzubrechen« gehört daher nach Beck zu den wesentlichen Aufgaben in der Risikogesellschaft.

Beck zufolge können Risiken eine Bedrohung darstellen für demokratische Systeme und deren Institutionen. Um zu beurteilen, ob es bei der Bewältigung der Katastrophe in Japan zu einer Reorganisation von Macht kam und damit demokratische Grundprinzipien außer Kraft gesetzt wurden, muss zunächst geklärt werden, was die gesetzlichen Bestimmungen für den Krisenfall vorsahen. Sodann muss beobachtet werden, inwieweit die Reaktorkatastrophe zur Mobilisierung von Bürgerprotest und zu einem Bewusstwerdungsprozess führt, der nach politischen Lösungen verlangt. Schließlich ist zu untersuchen, ob die Gefahr der Delegitimierung des politischen Systems besteht.

4.1 Gesetzliche Bestimmungen und die Reorganisation von Macht

Nach einem Nuklearunfall auf dem Gelände einer Fabrik für Brennelemente in Tōkaimura (Präfektur Ibaraki) im September 1999 wurde noch im selben Jahr das Gesetz zur Vorbereitung auf eine Nuklearkatastrophe (NPA⁶⁸) in Kraft gesetzt.⁶⁹ Dieses regelt die Pflichten von Betreibern nuklearer Anlagen zur Verhinderung von Nuklearunfällen, die Ausrufung des nuklearen Notstands, die Einrichtung eines Notfall-Hauptquartiers⁷⁰ sowie die Implementation von Notfallmaßnahmen. Dem Notfall-Hauptquartier obliegt die Sammlung von Informationen und die Koordination der Maßnahmen der Regierung. Die Handlungsverantwortlichkeit liegt in solch einem Fall bei der Zentralregierung. Artikel 4 sieht vor, dass die Regierung im Falle eines nuklearen Notstands neben der Einrichtung des Notfall-Hauptquartiers die lokalen Gebietskörperschaften mit den notwendigen Instruktionen ausstattet

66 Ebd., S. 41, 300.

67 Ebd., S. 310, 30.

68 Act on Special Measures Concerning Nuclear Emergency Preparedness, kurz: Nuclear Preparedness Act, NPA – *Genshiryoku saigai taisaku tokubetsu sochi hō shikōrei*. Siehe NISA 1999.

69 Am 30. September 1999 setzte in der Anlage der Japan Nuclear Fuel Conversion Company (JCU – *Nihon kakunenryō kombājon*) in Tōkaimura während des Füllens eines Tanks mit einer viel zu hohen Menge eines Urangemisches eine unkontrollierte Kettenreaktion ein, Strahlung trat aus. Mindestens zwei Arbeiter starben an einer Strahlenüberdosis. Offiziell wurde der Unfall auf Stufe 4 der internationalen Bewertungsskala für nukleare Ereignisse eingestuft.

70 Nuclear Emergency Response Headquarter (NERHQ) – *Genshiryoku saigai taisaku honbu*.

und andere Maßnahmen ergreift, um geeignete Notfallmaßnahmen in Kraft zu setzen. Die Verantwortlichkeit für Sicherheit und Sicherheitsmaßnahmen im Falle eines Nuklearunfalls bei privatwirtschaftlichen Anlagen liegt gemäß den Bestimmungen bei der Atomaufsichtsbehörde NISA, bei staatlichen Forschungsreaktoren hingegen beim Bildungsministerium. Nach Artikel 6 sollen auch die Lokalbehörden geeignete Vorbeugungsmaßnahmen ergreifen und lokale Notfallpläne bereitstellen. Kraftwerksbetreiber sind verpflichtet, Vorsorgemaßnahmen zu ergreifen und im Falle einer Katastrophe der weiteren Ausbreitung entgegenzuwirken (Artikel 3). Zudem sieht Artikel 6 für den Fall eines Nuklearunfalls die Kooperation und Koordination der verschiedenen öffentlichen Stellen und des Kraftwerksbetreibers vor.⁷¹

Etwa eine Stunde nach dem Erdbeben des 11. März 2011 erreichte um 15.52 Uhr eine Notfallmeldung von Tepco die Atomaufsichtsbehörde NISA, von der die entsprechende Meldung an das Wirtschaftsministerium und das Büro des Ministerpräsidenten weitergeleitet wurde. Daraufhin wurde ordnungsgemäß nach Artikel 17 zur Koordination der Maßnahmen gegen die nukleare Katastrophe ein Notfall-Hauptquartier (NERHQ) im Krisenmanagementzentrum im Keller des Amtssitzes des Ministerpräsidenten eingerichtet, zu dessen Team auch der Direktor der Atomaufsichtsbehörde gehörte. Als die Lage im Kraftwerk Fukushima zunehmend außer Kontrolle geriet, erklärte Tepco um 16.45 Uhr gegenüber der Atomaufsichtsbehörde einen nuklearen Notfall gemäß Artikel 15 des NPA. Der von NISA informierte Wirtschaftsminister setzte Ministerpräsidenten Kan um 17.42 Uhr von der Notfallsituation in Kenntnis, und um 19.03 Uhr wurde von diesem offiziell der nukleare Notfall erklärt. Gleichzeitig wurde ein vorläufiges Krisenzentrum im Büro des Ministerpräsidenten im fünften Stock seines Amtssitzes etabliert, welches von nun an parallel zum gesetzlich vorgesehenen Notfall-Hauptquartier im Keller unter Vorsitz von Kan und unter Mitwirkung von Vertretern von Ministerien und Tepco tagte und weitreichende Entscheidungen im Zusammenhang mit der Notfallsituation insgesamt, konkreten Evakuierungsmaßnahmen sowie Gegenmaßnahmen im Atomkraftwerk selbst traf.⁷² Mit der Einrichtung des vorläufigen Krisenzentrums ging eine Entmachtung des unter der Leitung von NISA tagenden Notfall-Hauptquartiers einher, dessen Mitglieder im Keller des Amtssitzes zeitweilig nicht einmal über Mobiltelefonverbindungen zur Außenwelt verfügten und deren Vorschläge ohne Einfluss auf die Entscheidungen hinsichtlich von Notfallmaßnahmen blieben.⁷³ Da auch die vom Gesetz spiegelbildlich vorgesehenen lokalen Notfallstrukturen angesichts von Erdbeben, Tsunami und sehr hoher Strahlung nicht funktionsfähig waren, hatte sich bereits zu diesem Zeitpunkt die Entscheidungsfindung in die Politik unter Führung von Ministerpräsident Kan verlagert, während die Fachbürokratie, die sachlich kompetente Entscheidungen hätte treffen sollen, aus diesem Prozess weitgehend ausgeschaltet worden war.⁷⁴

71 NAIC 2011, S. 57.

72 Ebd., S. 66-69.

73 Ebd., S. 72 f.

74 Ebd., S. 89.

Nach der Schaffung der gesetzlich nicht vorgesehenen Doppelstruktur in der Entscheidungsfindung kam es aufgrund von Koordinationsproblemen und Fehleinschätzungen zu diversen Anordnungen seitens der Regierung, die im Nachhinein als Fehlentscheidungen kritisiert wurden. So erfolgte etwa ein von Ministerpräsident Kan getroffener Evakuierungsbefehl am 11. März ohne Rückgriff auf ein computergesteuertes System zur Vorhersage von radioaktiven Belastungen (SPEEDY⁷⁵), weshalb die betroffenen Anwohner in besonders stark durch Strahlung belastete Zonen nordwestlich des Reaktors Fukushima Daiichi evakuiert wurden.

Endgültig institutionalisiert wurde die gesetzlich nicht vorgesehene Verlagerung der Entscheidungsfindung in die Hände des Ministerpräsidenten am 15. März 2011 durch die Schaffung eines »Krisenstabs zur Koordination der Maßnahmen in Zusammenhang mit dem Atomunfall von Fukushima« (*Fukushima hatsudensho jiko taisaku sōgō honbu*).⁷⁶ Da Kan den Vorsitz übernahm und Tepco-Chef Shimizu von da an nur noch als stellvertretender Einsatzleiter neben Wirtschaftsminister Kaieda fungierte, hatte Kan mit diesem Schritt Tepco faktisch die Leitung des Einsatzes am Reaktor Fukushima Daiichi entzogen. Die gemäß Artikel 6 NPA vorgesehene gemeinsame Kooperation und Koordination zwischen Bürokratie, staatlichen und lokalen Stellen sowie der Betreiberfirma fand somit nicht statt.

Darüber hinaus bildete Ministerpräsident Kan am 16. März ein persönliches Beraterteam aus Wissenschaftlern und Politikern der DPJ unter Leitung des Radiologen Kosako Toshisō von der Universität Tōkyō. Bis Ende April übermittelte dieses Team insgesamt ungefähr 60 Empfehlungen an die relevanten Ministerien. Angesichts der fehlenden legalen Grundlage herrschte bei den zuständigen Stellen allerdings Unklarheit darüber, wie mit den Empfehlungen zu verfahren sei.⁷⁷ Am 29. April trat Kosako von seinem Amt zurück, wobei er vor allem den Ad-hoc-

75 SPEEDY: System for Prediction of Environmental Emergency Dose Information. Ob Daten nicht weitergeleitet wurden oder das System nicht funktionierte, ist bislang unklar. Der Untersuchungsbericht hält hierzu fest, dass zumindest im fünften Stock niemand auf die Idee kam, das System in die Überlegungen einzubeziehen. Siehe NAIIC 2011, S. 579.

76 Zum Krisenstab vgl. ausführlich ebd., S. 569. Die Bildung des Krisenstabs wurde unmittelbar ausgelöst durch einen angeblichen Vorschlag des Tepco-Managements, das Gelände des havarierten AKW Fukushima aufgrund der hohen Strahlung zu evakuieren und die Reaktoren sich selbst zu überlassen. Der Darstellung des damaligen Ministerpräsidenten Kan zufolge war es seinem persönlichen Auftreten in der Tepco-Zentrale am frühen Morgen des 15. März zu verdanken, dass die Notfallmaßnahmen am AKW fortgesetzt wurden. Siehe ebd., S. 86.

77 Ebd., S. 78.

Entscheidungsprozess der Regierung kritisierte und ihr vorwarf, mit viel zu niedrigen Grenzwerten die Gesundheit der Bürger zu gefährden.⁷⁸

4.2 Die Mobilisierung von Bürgerprotest

Der tiefgreifende Wandel der öffentlichen Meinung in Bezug auf die Nutzung der Atomkraft wurde bereits aufgezeigt. Ob die Reaktorkatastrophe aber auch zu einer Mobilisierung von Bürgerprotesten führt, soll im Folgenden geklärt werden.

Zivilgesellschaftliche Akteure traten in Japan ab der zweiten Hälfte der 1960er Jahre auf. Allerdings wird ihr Einfluss als eher gering eingeschätzt. Im Unterschied zu Deutschland hatten die sozialen Bewegungen in Japan zumeist ein spezielles Anliegen oder konzentrierten sich auf die lokale Ebene, weshalb sie nur in den seltensten Fällen nationale Relevanz erlangten. Es fand keine nationale Vernetzung statt, und die Bewegungen fielen in sich zusammen, wenn ihr Daseinsgrund entfiel.⁷⁹

Nach der Katastrophe von Fukushima formierten sich in Japan mehrfach Großkundgebungen gegen Atomkraft. Die Bewegung erreichte einen vorläufigen Höhepunkt am 19. September 2011, als etwa 60.000 Menschen landesweit⁸⁰ für einen sofortigen Stopp aller Atomkraftwerke demonstrierten. Allein in Tôkyô sollen es 20.000 Demonstranten gewesen sein.⁸¹ Zur Demonstration aufgerufen hatte die Aktion »Sayônara Atomkraft!« (*Sayônara genpatsu*), die sechs Monate nach dem Desaster von Fukushima von Literaturnobelpreisträger Ôe Kenzaburo, Komponist Sakamoto Ryûichi, Wirtschaftsführer Tsuji Takashi sowie weiteren namhaften Schriftstellern, Journalisten und Wissenschaftlern gegründet wurde. Der Einfluss prominenter Persönlichkeiten auf die öffentliche Diskussion darf nicht unterschätzt werden.⁸²

Des Weiteren hat die Aktion »Sayônara Atomkraft« zum Ziel, über zehn Millionen Unterschriften für die Abschaffung aller Atomkraftwerke in Japan zu sammeln

78 Die Strahlenobergrenze war von der japanischen Regierung nach der Katastrophe von einem auf 20 Millisievert pro Jahr erhöht worden, was eine Welle der Empörung in der Bevölkerung ausgelöst hatte. Für Kinder galten demnach die gleichen Belastungsgrenzen, wie sie die Internationale Strahlenschutzkommission für Arbeiter im havarierten Atomkraftwerk empfohlen hatte. Nach zahlreichen Protesten wurde die Strahlenbelastungsgrenze für Kinder im August 2011 wieder auf unter ein Millisievert pro Jahr abgesenkt. Zur Rücktrittserklärung vgl. Kosako 2011.

79 Derichs 2003, S. 216 f.

80 Schätzungen der Veranstalter; die Polizei ging von 30.000 Teilnehmern aus.

81 In Deutschland sollen bei Demonstrationen am 26. März 2011 allerdings mehr als 200.000 Personen teilgenommen haben. Vgl. Reuters 2011.

82 So wurde unter den bei *youtube* abrufbaren Videos zur Demonstration des 19. September der Appell von Ôe an die neue Regierung, aus der Atomkraft auszusteigen, 26.488-mal aufgerufen, die über 40-minütigen vollständigen Reden 42.621-mal, ein Video hingegen, welches den Demonstrationzug zeigt, nur 426-mal. Siehe <http://www.youtube.com/watch?v=k5Q5cRWpQaU&feature=related> (Zugriff vom 27.04.2012).

und so einen Volksentscheid zu erzwingen. Bis zum 28. Dezember 2012 hatten 8.183.867 Personen die Petition unterschrieben.⁸³

Am 10. Dezember fand eine weitere Demonstration im Tôkyôter Hibiya-Park statt, bei der etwa 6.000 Menschen zusammengekommen sein sollen. An dieser Demonstration nahmen auch zahlreiche Vertreter von Anti-AKW- beziehungsweise Umwelt-Gruppen teil, wie NAZEN⁸⁴, Tanpoposha⁸⁵ oder das Netzwerk für den Schutz der Kinder vor Strahlung aus Fukushima (*Kodomo Fukushima network*⁸⁶). Weitere landesweite Demonstrationen fanden am 11. Februar 2012 statt, wobei sich im Tôkyôter Yoyogi-Park etwa 12.000 Menschen versammelten.⁸⁷ Am 5. Mai 2012, dem Tag der vorläufigen Abschaltung des letzten japanischen Atomkraftwerks, nahmen etwa 5.500 Menschen an einer Demonstration im Tôkyôter Shiba-Park teil.⁸⁸ Der Entschluss der japanischen Regierung, die Reaktoren von Ôi wieder ans Netz gehen zu lassen, ließ die Proteste landesweit wieder aufleben. So kamen in Tôkyô nach Angaben der Organisatoren am 22. Juni 45.000 Menschen zusammen, um gegen die Entscheidung der Regierung zu demonstrieren.⁸⁹ Die Beteiligung an den Kundgebungen nahm in den folgenden Wochen noch erheblich zu; am 16. Juli demonstrierten 170.000 Menschen im Tôkyôter Yoyogi-Park, und am 29. Juli bildeten 200.000 Menschen eine Menschenkette um das japanische Parlament.⁹⁰

Von den japanischen Medien wurden die Demonstrationen bislang kaum beachtet. So berichtete der Nachrichtensender NHK in seinen Hauptnachrichten um 19 Uhr überhaupt nicht über die Demonstrationen des 19. September, und auch die großen Tageszeitungen waren in ihrer Berichterstattung sehr sparsam.⁹¹ Die Zurückhaltung der Presse erklärt sich zu einem großen Teil aus der finanziellen Abhängigkeit von Anzeigengroßkunden aus der Atomwirtschaft, die des Fernseh-

83 Da der von den Initiatoren selbst gesetzte Endtermin vom 29. Februar 2012 nicht eingehalten werden konnte, wurde die Unterschriftensammlung verlängert. Vgl. Sayonara genpatsu 2012.

84 NAZEN: *Nonukes Zenkoku Network*. Seit ihrer Gründung im August 2011 wuchs NAZEN auf über 1.000 aktive und weitere 1.000 lose Mitglieder an. Inzwischen gibt es zwölf Gruppen in ganz Japan, unter anderem in Tôkyô, Fukushima, Hiroshima, Miyagi, Aichi, Okayama, Shizuoka und Fukuoka; vgl. <http://nazen.info/index.php?d=about> (Zugriff vom 21.04.2012).

85 Anti-Atomkraftbewegung, gegründet 1989 in Tôkyô als Reaktion auf die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl; siehe www.tanpoposha.net (Zugriff vom 22.04.2012).

86 Gegründet am 1. Mai 2011 in Fukushima-Stadt. Die Organisation klärt über Gesundheitsrisiken auf und stellt besorgten Bürgern Geigerzähler zur Verfügung. Siehe <http://kodomofukushima.net> (Zugriff vom 22.04.2012).

87 Milkereit 2012.

88 Siehe dapd 2012.

89 Japan Times 2012 b.

90 Asahi shinbun 2012 e.

91 Brasor 2011.

senders NHK hingegen aus dessen oben geschilderten engen Bindungen zur Regierung.

Auch Gegner einer atomaren Bewaffnung, die bislang eine friedliche Nutzung der Kernenergie durchaus befürworteten, scheinen nunmehr eine klare Position gegen Atomkraft zu beziehen. So riefen die Bürgermeister von Hiroshima und Nagasaki in ihren obligatorischen Reden zum Gedenktag an die Atombombenabwürfe erstmals zu einem Umdenken in der Nutzung der Atomkraft auf. Hiroshimas Bürgermeister Matsui Kazumi forderte in seiner Ansprache zum Gedenken an die Opfer der Atombombenabwürfe am 6. August 2011 nicht nur die weltweite Abschaffung aller Atomwaffen, sondern auch eine Wende in der Energiepolitik, indem er betonte, dass »die Atomkraft und die Menschheit nicht koexistieren können«.⁹²

Auf lokaler Ebene formiert sich der Protest vor allem in jenen Kommunen, in denen die Debatte um die Wiederinbetriebnahme zur Überprüfung stillgelegter Atomkraftwerke mit zunehmender Intensität geführt wird. Das von der Regierung vorgesehene Hochfahren der Kraftwerke bedarf der Zustimmung durch die Lokalverwaltungen. Bereits jetzt liegen Klagen von Bürgern gegen eine Wiederinbetriebnahme vor, unter anderem in den Kraftwerksstandorten Genkai und Tsuruga.⁹³

Zudem werden vielerorts Unterschriften gesammelt für eine Abhaltung lokaler Referenden zur Atomkraft, die zwar für die Lokalbehörden gesetzlich nicht bindend sind, aber durchaus politische Wirkung haben. In Tôkyô sammelte die Initiative für lokale Referenden in nur zwei Monaten über 214.000 Unterschriften.⁹⁴ Damit wurde die notwendige Schwelle fristgerecht überschritten. Auch in Osaka wurde die Petition bereits Anfang Januar erfolgreich abgeschlossen. Beide Stadtparlamente müssen mit einfacher Mehrheit über die Abhaltung eines Volksentscheids befinden.⁹⁵

Auch die überwiegend von Frauen getragenen lokalen Bürgernetzwerke, die in der Vergangenheit beachtenswerte Wahlerfolge auf kommunaler Ebene erzielen konnten, haben zu landesweitem Protest gegen das Wiederauffahren der Atomkraftwerke aufgerufen.⁹⁶ Die Netzwerke können sich auf den japanischen Verband der Verbraucherkooperative Coop stützen, der mit etwa 22 Mio. Mitgliedern, zumeist Frauen, die mitgliederstärkste Organisation Japans ist.⁹⁷

92 Zitiert nach Kujath 2012.

93 Mainichi shinbun 2011 a; Mainichi shinbun 2011 b.

94 Für ein Referendum werden die Unterschriften von mindestens zwei Prozent der wahlberechtigten Bürger benötigt.

95 Asahi shinbun 2012 b. Das Parlament in Ôsaka lehnte den Antrag am 27. März 2012 bereits ab, wobei lediglich die KP geschlossen für den Antrag gestimmt hatte. Die Stadt Ôsaka unter Führung von Bürgermeister Hashimoto, welche die Aktienmehrheit am örtlichen Atomanlagenbetreiber Kepco hält, wolle ohnehin eine schrittweise Abschaltung der Atomkraftwerke, weshalb ein Referendum überflüssig sei, so der Generalsekretär von Hashimotos Partei *Ôsaka ishin no kai*, Minobe Teruo. Siehe Asahi shinbun 2012 c.

96 Seikatsuha network 2012.

97 Schmidt 2005 b.

4.3 Krise und Delegitimierung des politischen Systems

Im Folgenden soll hinterfragt werden, ob die Mobilisierung von Bürgerprotest zur Delegitimierung des politischen Systems beiträgt. Wie in anderen entwickelten Industriestaaten kann auch in Japan ein »Auftauern« des Parteiensystems und der Wählerbindungen festgestellt werden. Die zahlreichen politischen Skandale während der jahrzehntelangen LDP-Herrschaft und anhaltende Umstrukturierungen im japanischen Parteiensystem bewirkten eine weitreichende Politikverdrossenheit in der japanischen Bevölkerung, die sich in sinkenden Wahlbeteiligungsraten und einem deutlichen Anstieg der Zahl der Nichtunterstützer politischer Parteien manifestierte.⁹⁸ Vor der historischen Unterhauswahl 2009, bei der die DPJ die LDP als Regierungspartei ablösen und als stärkste Fraktion in das japanische Parlament einziehen konnte, hatte die DPJ einen radikalen »Politikwechsel« und den »Vorrang der Bürger« versprochen. Mit dem politischen Machtwechsel ging daher die Hoffnung politischer Beobachter einher, die DPJ könne den seit Jahren anhaltenden Trend der Lockerung von Parteibindungen stoppen und eine neue Bindung mit den ungebundenen Wählerschichten herbeiführen.⁹⁹

Unmittelbar vor der Wahl im Sommer 2009 hatte die Unterstützung der DPJ mit etwa 35 Prozent die der LDP übertroffen. Betrachtet man die Entwicklung im Verlauf der Fukushima-Krise, so sank die Unterstützung für die Partei jedoch drastisch und erreichte im Juli 2011 mit 13,6 Prozent ein Jahrestief. Nach einem kurzfristigen Anstieg auf knapp 25 Prozent bei Amtsantritt von Ministerpräsident Noda im September sank sie erneut bis auf nur mehr 18 Prozent im März 2012. Die LDP konnte hiervon allerdings nicht profitieren, denn auch ihre Quote lag im gleichen Monat lediglich bei etwa 17 Prozent. Demgegenüber stieg die Quote der Nichtunterstützer wieder erheblich an auf etwa 55 Prozent und sank erst kurz vor der Unterhauswahl im Dezember 2012 knapp unter 50 Prozent.¹⁰⁰

Die Unterstützungsraten für die Kabinette Kan und Noda wiesen nach der jeweiligen Amtsübernahme ebenfalls einen steilen Abwärtstrend auf. Bereits kurz nach der Atomkatastrophe belegten Umfragen eine stetig schwindende Unterstützung für die Regierung Kan. Ursachen hierfür waren deren teilweise schleppende Reaktion auf die anhaltende Krise um das havarierte Kernkraftwerk Fukushima Daiichi, das Versagen der DPJ-Regierung, die langjährige Praxis interner Absprachen zwischen dem Anlagenbetreiber Tepco und der Behörde für Atomaufsicht zu unterbinden, sowie der anhaltende Mangel an Informationen. So belegten Umfragen der Tageszeitungen *Asahi shinbun* und *Mainichi shinbun*, dass 67 Prozent der Befragten unzufrieden waren mit den Reaktionen der Regierung auf die Reaktorkatastrophe, 58 Prozent der Informationspolitik der Regierung misstrauten und 78 Prozent die mangelnde Führungskraft des Ministerpräsidenten beklagten.¹⁰¹ Am 27. August

98 Zu den Wählerbindungen in Japan vgl. ausführlich Schmidt 2001, Kapitel 5; Schmidt 2009; Schmidt 2011.

99 Zum historischen Machtwechsel vgl. Schmidt 2011.

100 NHK hōsō bunka kenkyūsho, jeweiliger Monat.

101 Zitiert nach Symonds 2011.

2011 trat Kan schließlich zurück, nachdem sein Zustimmungswert einer Umfrage der Nachrichtenagentur Kyodo vom 20./21. August 2011 zufolge innerhalb der Bevölkerung auf nur noch knapp 16 Prozent gesunken war. Allerdings erklärten 75 Prozent der Befragten auch, die Nachfolgeregierung solle an Kans Absicht zum Ausstieg aus der Kernenergie festhalten.¹⁰²

Die Quote für Ministerpräsident Noda halbierte sich nach seinem Amtsantritt im September 2011 binnen drei Monaten von 60 auf etwa 30 Prozent, während sich die Zahl der Nichtunterstützer im gleichen Zeitraum nahezu verdreifachte auf rund 50 Prozent.¹⁰³ Damit war Nodas Popularitätswert erheblich schneller gesunken als der seiner beiden Vorgänger im Amt. Im April 2012 fiel die Quote weiter auf nur noch 26 Prozent, wobei neben einer Steuererhöhung zur Finanzierung der Fukushima-Krise vor allem seine Pläne zur Wiederinbetriebnahme nuklearer Anlagen auf Kritik stießen. Laut einer Umfrage von Kyodo News lehnten 60 Prozent der Befragten die von der Regierung Noda beschlossene Reaktivierung des Kraftwerks in Ôi ab.¹⁰⁴ Kurz vor der Unterhauswahl 2012 sank die Unterstützung weiter bis auf nur noch 20 Prozent.

Die Zerstrittenheit der DPJ und ihre Unfähigkeit, sich als echte politische Alternative zu präsentieren, verstärkte die Kluft zwischen den Ansprüchen der Wähler und ihrer politischen Repräsentanz, insbesondere weil die Regierung Noda gegen den Willen einer Mehrheit der Bevölkerung weiterhin an der Nutzung von Atomkraft festhielt und versuchte, ein Wiederanfahren stillgelegter Kernkraftwerke politisch durchzusetzen. Angesichts der großen Enttäuschung der Wähler über die Politik der DPJ und den mangelnden Alternativen im Parteiensystem blieben viele Wähler der vorgezogenen Unterhauswahl 2012 fern, sodass die Wahlbeteiligung mit 59,3 Prozent ein Rekordtief erreichte.¹⁰⁵ Dank des bestehenden Wahlsystems konnte die LDP, die eine uneingeschränkte Nutzung der Atomkraft befürwortet, mit unter 30 Prozent der Stimmen in den Verhältniswahlkreisen insgesamt etwa 60 Prozent der Mandate erringen und damit als Siegerin aus der Wahl hervorgehen,

102 Tabuchi 2011.

103 NHK hôsô bunka kenkyûsho, jeweiliger Monat.

104 Japan Times 2012 a.

105 Die inmitten der Anti-Atom-Proteste im Juli 2012 gegründete Grüne Partei Japans (*Midori no tō*) scheiterte an den finanziellen Hürden für eine Kandidatur. Die unmittelbar vor der Unterhauswahl gegründete Zukunftspartei Japans (*Nihon mirai no tō*), die explizit für einen Atomausstieg eintrat, verlor an Glaubwürdigkeit durch den Beitritt des bis dahin nicht als Atomkraftgegner hervorgetretenen DPJ-Dissidenten Ozawa Ichirō. Auch die am 1. September 2012 von Ôsakas Bürgermeister Hashimoto gegründete Vereinigung zur Erneuerung Japans (*Nippon ishimo kai*), eine rechts-populistische neue Kraft, propagierte zunächst den Atomausstieg. Seit dem Zusammenschluss der Partei mit der neu gegründeten Partei von Tôkyôs ehemaligem Gouverneur Ishihara Shintarō, einem bekannten Verfechter der Atomkraft, kurz vor der Unterhauswahl 2012 fordert die Partei jedoch nur mehr einen Ausstieg zum Jahr 2030 unter Berücksichtigung der Interessen der Wirtschaft.

obgleich zeitgleiche Umfragen belegten, dass 80 Prozent aller Japaner weiterhin einen Atomausstieg befürworteten.¹⁰⁶

5. Konklusion

Die Atomkatastrophe von Fukushima zeigt, dass die fortgeschrittene Moderne in zunehmendem Maße Risiken produziert, welche die Lebensgrundlagen der Menschen bedrohen. Die vorliegende Analyse sollte daher klären, ob die von Beck angenommenen Thesen und Prognosen zur Risikogesellschaft sich nach der Katastrophe bestätigen lassen und ob ein Bewusstwerdungsprozess in Gang gesetzt wurde, der politische Lösungen einfordert. Die Analyse der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen erfolgte hierbei in den Dimensionen Risikodefinition und Risikobewusstsein, Risikofolgen und Risikoverteilung sowie politische Implikationen.

Bis zum 11. März 2011 wurden die Risiken der Nutzung der Atomkraft in Japan kaum reflektiert, was sich in einer mehrheitlichen Unterstützung der Nutzung von Atomkraft in der Bevölkerung niederschlug. Die Wahrnehmung der Risiken wurde entscheidend beeinflusst durch Japans »Zirkel der Macht«, eine Koalition aus Politik, Bürokratie, Wirtschaft und Medien, gekennzeichnet durch gegenseitige Abhängigkeiten und eine Orientierung an der Interdependenz der Interessen. Auch nach dem Machtverlust der LDP und der Regierungsübernahme der DPJ im Jahr 2009 blieb dieser Zirkel weiterhin intakt. Die führenden Medien fungierten nicht als Vermittler oppositioneller Meinungen in das System. Auch in Japan war daher von entscheidender Bedeutung, wer die Definitionsmacht besaß und welche Rolle der mediengestützten Öffentlichkeit zukam.

Seit der Atomkatastrophe ist ein deutlicher Wandel in der Haltung der Bevölkerung zur Nutzung von Atomkraft feststellbar, wobei nunmehr eine klare Mehrheit einen Ausstieg befürwortet. Erst die objektive Erfahrung der Katastrophe und ihre sinnliche Wahrnehmung führten zur subjektiven Bewusstwerdung der Risiken, womit der politische Bewusstwerdungsprozess vom »Sein« zum »Bewusstsein« verlief und nicht, wie von Beck prognostiziert, in umgekehrter Richtung. Innerhalb der regierenden DPJ war eine einheitliche Haltung zur Atomkraft hingegen nicht erkennbar. Die Partei befand sich offenkundig in dem Zwiespalt, einerseits mit Japans »Zirkel der Macht« verflochten zu sein und andererseits hinsichtlich ihrer Wiederwahlperspektiven die Hoffnungen ihrer Wähler auf einen Politikwechsel nicht gänzlich enttäuschen zu dürfen.

In der Bewertung der Folgen des Atomunfalls von Fukushima war die japanische Bevölkerung von Anfang an abhängig von vielfach fragwürdigen Beurteilungen und Interpretationen der Experten. So wurden insbesondere in den ersten Wochen nach dem 11. März 2011 von der Betreiberfirma Tepco verharmlosende oder irreführende Angaben zum Ausmaß des Unfalls gemacht, und die Einschätzung der Katastrophe wurde von der japanischen Atomaufsichtsbehörde mehrfach korrigiert. Auch die Informationspolitik der Regierung, welche die Kernschmelzen in drei

106 National Post 2012; Yomiuri shinbun 2012.

Reaktoren erst nach mehreren Wochen offiziell bestätigte, war lückenhaft und häufig widersprüchlich. Bis zum heutigen Zeitpunkt kam es nicht zu einer Objektivierung der Risiken im Sinne der Festschreibung »unbedenklicher« Grenzwerte, womit auch das Beispiel der Fukushima-Katastrophe bestätigt, dass Grenzwerte in hohem Maße interpretierbar sind.

Die Annahme der Risikotheorie, die gesamte Bevölkerung sei von Risiken gleichermaßen betroffen, konnte nicht bestätigt werden, da sich die radioaktive Verstrahlung ganz überwiegend auf Teile der Präfektur Fukushima und die Nachbarpräfekturen konzentriert, das Ausmaß der radioaktiven Kontamination mit der Entfernung zum Reaktor Fukushima Daiichi abnimmt und zudem erhebliche regionale und lokale Unterschiede in der Belastung durch Strahlung festzustellen sind. Eine allgemeine Bedrohung der Gesundheit zumindest eines großen Teils der Bevölkerung der zentralen japanischen Präfekturen ergibt sich jedoch aus der Tatsache der Abhängigkeit des Großraums Tōkyō-Yokohama von Agrarprodukten aus den Anbaugebieten der nordöstlichen Region. Wie die Untersuchung des Lebensmittelangebots in örtlichen Supermärkten ergab, sind private Fluchtwege und Kompensationsmöglichkeiten durchaus vorhanden, allerdings abhängig von der Höhe des Einkommens. Da die Verteilungslogik der Risiken den vertikalen, schicht- beziehungsweise klassenspezifischen Mustern der »alten« Industriegesellschaft folgt, kann die These einer klassenunabhängigen Risikobetroffenheit nicht erhärtet werden.

Im Hinblick auf die Bewältigung der Folgen der Reaktorkatastrophe von Fukushima kam es bereits in den Tagen nach dem 11. März zu einer weitreichenden Reorganisation von Macht und Einfluss durch die japanische Regierung, wobei ein für den Katastrophenfall gesetzlich vorgesehenes Notfall-Hauptquartier weitgehend entmachtet und de facto durch einen nicht vorgesehenen Krisenstab unter persönlicher Leitung des Ministerpräsidenten ersetzt wurde. Diese Reorganisation der Macht gründete zum einen darin, dass die durch die Katastrophe demokratisch vorgesehenen Strukturen teilweise nicht mehr einsatzfähig waren, und zum anderen darin, dass durch die mediale Aufmerksamkeit, die der Katastrophe zuteil wurde, ein enormer Handlungsdruck auf die politisch Verantwortlichen entstand, der sich in diversen Ad-hoc-Entscheidungen unter Umgehung der vorgesehenen Strukturen manifestierte. Hierin bestätigt sich die Annahme, dass ein politisches System unter dem Eindruck einer Katastrophe in Gefahr gerät, demokratische Strukturen und Prinzipien außer Kraft zu setzen.

Bürgerproteste gegen die Nutzung von Atomkraft formierten sich sowohl auf der nationalen Ebene in der Form von Kundgebungen als auch auf der lokalen Ebene durch Klagen gegen die Wiederinbetriebnahme und die Einforderung von Referenden. Ob die Krise aber tatsächlich zu einer breiten sozialen Bewegung führt, die politische Lösungen einfordert, hängt davon ab, ob es gelingt, den lokalen Protest mit dem nationalen zu verknüpfen und den für frühere Bewegungen typischen Charakter des Einzelanliegens zu überwinden. Angesichts der weitreichenden Ablehnung der Nutzung der Kernkraft in der Bevölkerung und der gegensätzlichen Haltung der Regierung in dieser Frage wächst aber die Kluft zwischen dem Wähler und dem politischen System. Da keine der großen japanischen Parteien gegenwärtig die

Perspektive eines Ausstiegs aus der Atomenergie bietet, trägt die Krise maßgeblich zur weiteren Delegitimierung des politischen Systems bei.

Wesentliche Thesen und Prognosen zur »Risikogesellschaft« ließen sich somit bestätigen, insbesondere im Hinblick auf die Risikodefinition, die Debatte um die Risikofolgen sowie die Krisenbewältigung und die politischen Implikationen. Als wichtige Erkenntnis aus der Untersuchung muss allerdings festgehalten werden, dass es entgegen den Annahmen zur »Risikogesellschaft« der sinnlichen Wahrnehmung bedurfte, um einen Bewusstwerdungsprozess in Gang zu setzen, und sich die Risikofolgen sowohl örtlich wie sozial eingrenzen ließen. In fortgeschrittenen Industriegesellschaften werden klassenspezifische Verteilungskonflikte somit nicht ersetzt durch klassenunspezifische Gefährdungslagen. Im Gegenteil scheinen Gefährdungslagen als Teil der Konfliktstruktur entwickelter Industriegesellschaften soziale Ungleichheiten eher zu verschärfen. Dessen ungeachtet erscheint es unabdingbar, dass der Modernisierungsprozess und die damit einhergehenden Risiken in der japanischen Gesellschaft kritisch hinterfragt und damit im Beck'schen Sinne »reflexiv« werden hinsichtlich eines Aufbruchs in eine »andere Moderne«.

Literatur

- Asahi shinbun 2011 a. *Genpatsu »herasu, yameru« 41%: Asahi shinbun chôsa* [Umfrage der Asahi shinbun: 41% für Abbau oder Ausstieg aus der Kernkraft], 18. April 2011. <http://www.asahi.com/national/update/0417/TKY201104170324.html> (Zugriff vom 20.04.2012).
- Asahi shinbun 2011 b. *Shôraiteiki ni »datsu genpatsu« sansei 74%: Asahi shinbun chôsa* [Umfrage der Asahi shinbun: 74 Prozent sprechen sich für einen zukünftigen Ausstieg aus der Atomkraft aus], 13. Juni 2011. <http://www.asahi.com/national/update/0613/TKY201106130401.html> (Zugriff vom 15.01.2012).
- Asahi shinbun 2012 a. *Tepco singled out 10 key lawmakers for fund-raisers*, 9. Januar 2012. http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201201090001 (Zugriff vom 15.05.2012).
- Asahi shinbun 2012 b. *Tokyo group gathers enough signatures for nuke referendum*, 7. Februar 2012. http://ajw.asahi.com/article/behind_news/social_affairs/AJ201202070043 (Zugriff vom 15.02.2012).
- Asahi shinbun 2012 c. *Osaka rejects petition referendum on nuclear power*, 28. März 2012. <http://ajw.asahi.com/article/0311disaster/fukushima/AJ201203280037> (Zugriff vom 03.04.2012).
- Asahi shinbun 2012 d. *30% of DPJ lawmakers ask Noda to reconsider reactor restarts*, 6. Juni 2012. http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201206060087 (Zugriff vom 20.06.2012).
- Asahi shinbun 2012 e. *Anti-nuclear protesters surround the diet in candle-lit protest*, 30. Juli 2012. http://ajw.asahi.com/article/behind_news/social_affairs/AJ201207300100 (Zugriff vom 01.08.2012).
- Atkinson, Will 2007. »Beck, individualization and the death of class«, in *British Journal of Sociology* 58, 3, S. 349-366.
- Bayerisches Landesamt für Umwelt 2010. *Restrisiko*. http://www.lfu.bayern.de/geologie/massenbewegungen/definition_gefahren/doc/risiko.pdf (Zugriff vom 15.01.2012).
- Beck, Ulrich 1986. *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich 1991. *Politik in der Risikogesellschaft. Essays und Analysen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich 2007 a. *Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

- Beck, Ulrich 2007 b. *Weltrisikogesellschaft und neuer Kosmopolitismus: die alte Frage nach der Kritischen Theorie neu gestellt*. Vortrag München/Berlin 2007. http://www.sfb597.uni-bremen.de/download/de/service/archiv/termine%202007/tagungBerlin_beck.pdf (Zugriff vom 25.04.2012).
- Brasor, Philip 2011. »Press miss the point at anti-nuke demo«, in *Japan Times*, 2. Oktober 2011. <http://www.japantimes.co.jp/text/fd20111002pb.html> (Zugriff vom 10.01.2012).
- Bundesverfassungsgericht 1978. *Beschluß vom 8. 8. 1978 - 2 BvL 8/77 (Kalkar I)*. <http://lexetius.com/1978,2> (Zugriff vom 15.01.2012).
- dapd 2012. *Japaner feiern Abschaltung des letzten Atomreaktors*, 5. Mai 2012. <http://de.nachrichten.yahoo.com/japaner-feiern-abschaltung-des-letzten-atomreaktors-160203579.html> (Zugriff vom 05.04.2012).
- Dentsu. Hrsg. 2010. *Dentsu annual report 2010 for the year ended March 31, 2010*. http://www.dentsu.com/ir/data/pdf/AR2010_E.pdf (Zugriff vom 05.05.2012).
- Derichs, Claudia 2003. »Japan: Politisches System und politischer Wandel«, in *Einführung in die politischen Systeme Ostasiens*, hrsg. v. Derichs, Claudia; Heberer, Thomas, S. 139-224. Opladen: Leske + Budrich.
- DPJ 2009. *2009 change of government. The Democratic Party's platform for government – putting peoples lives first*. <http://www.dpj.or.jp/english/manifesto/manifesto2009.pdf> (Zugriff vom 20.05.2012).
- DPJ 2010. *Restoring vitality to Japan. The Democratic Party's platform for government – putting peoples lives first*. <http://www.dpj.or.jp/english/manifesto/manifesto2010.pdf> (Zugriff vom 17.06.2012).
- foodwatch 2011. *Nach Fukushima: Strahlen-Grenzwerte für Lebensmittel bieten keinen ausreichenden Gesundheitsschutz – foodwatch und IPPNW fordern drastische Absenkung – Report über gesundheitliche Risiken radioaktiv belasteter Nahrung vorgestellt*, 20. September 2011. http://foodwatch.de/presse/pressearchiv/2011/report_kalkulierter_strahlentod/in dex_ger.html (Zugriff vom 08.05.2012).
- Freeman, Laurie Anne 2000. *Closing the shop: information cartels and Japan's mass media*. Princeton: Princeton University Press.
- Gallup 2011. *Kokusai seron chōsa: Nihon tsunami to genshiryoku hatsuden ni taisuru seron chōsa* [Internationale Umfrage zur Atomkraft nach Tsunami und Atomunfall in Japan]. <http://www.nrc.co.jp/report/pdf/110420.pdf> (Zugriff vom 20.05.2012).
- Geißler, Rainer 1996. »Kein Abschied von Klasse und Schicht. Ideologische Gefahren der deutschen Sozialstrukturanalyse«, in *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 48, S. 319-338.
- Genshiryoku hatsuden ni kakaru shinpojiumu nado ni tsuite no daisansha chōsa inkai. Hrsg. 2011. *Saishū hōkokusho* [Abschlussbericht des unabhängigen Untersuchungsausschusses zu Symposien im Zusammenhang mit Atomkraftwerken]. <http://www.meti.go.jp/press/2011/09/20110930007/20110930007-2.pdf> (Zugriff vom 19.03.2012).
- Handelsblatt 2011. *Schlechte Aussichten für Atomausstieg*, 23. Dezember 2011. <http://www.handelsblatt.com/jahreswechsel/jahreswechsel-das-war-2011/mein-japan-nach-fukushima-schlechte-aussichten-fuer-atom-ausstieg/5991104-7.html> (Zugriff vom 18.04.2012).
- Hayes, Jeff 2012. *Impact of Fukushima radiation on farmers, food, water and fishing*. <http://factsanddetails.com/japan.php?itemid=1753&catid=26&subcatid=162> (Zugriff vom 02.02.2012).
- Japan Times 2011. *Utilities, LDP long held cozy ties: party donations continued behind scenes despite '70s industries ban*, 29. Juli 2011. <http://www.japantimes.co.jp/text/nn20110729f1.html> (Zugriff vom 15.05.2012).
- Japan Times 2012 a. *Cabinet polling at new record low of 26%*, 30. April 2012. <http://www.japantimes.co.jp/text/nn20120430a2.html> (Zugriff vom 10.04.2012).
- Japan Times 2012 b. *Oi prompts domestic, US antinuclear rallies*, 23. Juni 2012. http://www.japantimes.co.jp/text/nn20120623x1.html#T-XM_VIx3h4 (Zugriff vom 23.06.2012).
- Japan Times 2012 c. *Oi's reactor 3 first to go critical after Fukushima*, 3. Juli 2012. <http://www.japantimes.co.jp/text/nn20120703a2.html> (Zugriff vom 10.07.2012).
- Japan Times 2012 d. *Oi reactor 4 to begin restart July 18*, 12. Juli 2012. http://www.japantimes.co.jp/text/nn20120712b7.html#T_5z-ZG-Vc0 (Zugriff vom 25.07.2012).

- Kingston, Jeff 2011. »Ousting Kan Naoto: the politics of nuclear crisis and renewable energy in Japan«, in *The Asia-Pacific Journal* (Japan Focus). <http://www.japanfocus.org/-Jeff-Kingston/3610> (Zugriff vom 16.05.2012).
- Kosako, Toshiō 2011. *Regarding my resignation as a Special Advisor to the cabinet* (Declaration of resignation, translated by Tanaka Izumi). <http://www.japanfocus.org/events/view/83> (Zugriff vom 14.04.2012).
- Kujath, Peter 2011. 66 Jahre nach Atombombenabwurf auf Hiroshima: Gedenken im Zeichen von Fukushima, in *Tagesschau*, 6. August 2011. <http://www.tagesschau.de/ausland/hiroshima158.html> (Zugriff vom 26.04.2012).
- Kyodo News 2012. *Some 70 mayors start group seeking society without nuclear power*, 28. April 2012. <http://english.kyodonews.jp/news/2012/04/155435.html> (Zugriff vom 05.05.2012).
- Mainichi shinbun 2011 a. *Residents sue to seek complete suspension of Genkai reactors*, 28. Dezember 2011. <http://mainichi.jp/english/english/mdnnews/news/20111228p2g00m0dm015000.c.html> (Zugriff vom 03.01.2012).
- Mainichi shinbun 2011 b. *Residents seek court order not to restart Tsuruga reactors*, 9. November 2011. <http://mainichi.jp/english/english/mdnnews/news/20111109p2g00m0dm007000.c.html> (Zugriff vom 18.12.2011).
- METI (Ministry of Economy, Trade and Industry). Hrsg. 2011. *INES (the International Nuclear and Radiological Event Scale) rating on the events in Fukushima Dai-ichi nuclear power station by the Tohoku district – off the Pacific Ocean earthquake*. <http://www.nisa.meti.go.jp/english/files/en20110412-4.pdf> (Zugriff vom 05.05.2012).
- MHLW (Ministry of Health, Labour and Welfare). Hrsg. 2012 a. *Establishment of new standard limits for radionuclides in food*. http://www.mhlw.go.jp/english/topics/2011eq/dl/new_standard.pdf (Zugriff vom 15.05.2012).
- MHLW (Ministry of Health, Labour and Welfare). Hrsg. 2012 b. *Sum of radionuclide test results carried out since 19 March 2011*. http://www.mhlw.go.jp/english/topics/2011eq/dl/29Mar2012_Sum_up_until_31Mar.pdf (Zugriff vom 15.05.2012).
- Milkereit, Felix 2012. »Von Aufstandsamateuren zu Protestprofis – Die japanische Anti-AKW-Bewegung ein knappes Jahr nach Fukushima«, in *blogs.taz.de*, 14. Februar 2012. <http://blogs.taz.de/fukushima/2012/02/14/von-aufstandsamateuren-zu-protestprofis-%E2%80%93-die-japanische-anti-akw-bewegung-ein-knappes-jahr-nach-fukushima> (Zugriff vom 18.02.2012).
- NAIIC (Fukushima Nuclear Accident Independent Investigation Commission). Hrsg. 2011. *Investigation report*. <http://www.naiic.jp/en/category/report/> (Zugriff vom 10.04.2012).
- Naikakufu. Hrsg. 2009. *Genshiryoku ni kansuru tokubetsu seron chōsa* [Sonderumfrage zur Atomkraft]. <http://www8.cao.go.jp/survey/tokubetu/h21/h21-genshi.html> (Zugriff vom 23.01.2012).
- National Post 2012. »*The Senkaku islands are our territory*«: Japanese nationalists return to power in a landslide victory, 16. Dezember 2012. <http://news.nationalpost.com/2012/12/16/japan-election> (Zugriff vom 22.12.2012).
- NHK 2011/2012. *Genpatsu to enerugi ni kansuru ishiki chōsa* [Umfragen zur Atomkraft und Energie]. <http://www.nhk.or.jp/bunken/yoron/social/index.html> (Zugriff vom 10.07.2012).
- NHK hōsō bunka kenkyūsho, verschiedene Jahrgänge. *Seiji ishiki getsurei chōsa* [Monatliche Untersuchung zum politischen Bewusstsein]. <http://www.nhk.or.jp/bunken/yoron/political/index.html> (Zugriff vom 15.01.2012).
- NISA. Hrsg. 1999. *Act on special measures concerning nuclear emergency preparedness*. <http://www.nisa.meti.go.jp/english/resources/legislativeframework/files/EmergencyPreparedness.pdf> (Zugriff vom 20.02.2012).
- Reuters 2011. *Anti-nuclear Germans protest on eve of state vote*, 26. März 2011. <http://uk.reuters.com/article/2011/03/26/germany-nuclear-idUKLDE72P0FG20110326> (Zugriff vom 10.04.2012).
- Sawa, Akihiro 2009. *The DPJ-platform on climate change – a reality check*, 7. August 2009. <http://www.tokyofoundation.org/en/articles/2009/the-dpj-platform-on-climate-change2014a-reality-check> (Zugriff vom 27.04.2012).
- Sayonara genpatsu 2012. *1000 man'nin akushon* [Die 10 Mio. (Unterschriften-)Aktion]. <http://sayonara-nukes.org/shomei/> (Zugriff vom 23.04.2012).

- Schmidt, Carmen 2001. *Sozialstruktur und politisches System in Japan: Gesellschaftliche Konfliktlinien, politische Repräsentation und die Formierung der Wählerschaft*. Marburg: Tectum.
- Schmidt, Carmen 2005 a. *Japans Zirkel der Macht: Legitimation und Integration einer nationalen Elite*. Marburg: Tectum.
- Schmidt, Carmen 2005 b. »Lokale Bürgernetzwerke in Japan: Möglichkeiten und Perspektiven einer bürgernahen ›neuen‹ Politik«, in: *Veröffentlichungen der Forschungsstelle Japan* 17, S. 5-41.
- Schmidt, Carmen 2009. »Japan's new party system: characteristics and future perspectives«, in *Germany and Japan after 1989: reform pressures and political system dynamics*, hrsg. v. Czada, Roland; Hirashima, Kenji, S. 1-17. Tôkyô: University of Tôkyô Press.
- Schmidt, Carmen 2011. »Der historische Machtwechsel in Japan vor dem Hintergrund von Wahlrecht und Wählerverhalten«, in *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 1, S. 82-95.
- Schmidt, Carmen 2012 a. »Politik in Japan nach Fukushima«, in *OAG-Notizen* 10, S. 40-56.
- Schmidt, Carmen 2012 b. »Japans neue Regierungspartei DPJ und die Fukushima-Krise«, in *Die Katastrophe und ihre Folgen*, hrsg. v. Czada, Roland; Széll, György. Frankfurt a. M.: Peter Lang (im Erscheinen).
- Seikatsuha network 2012. *Genpatsu no saikadô, Rokkasho saishori kôjô no shiken saikai o soshi shiyô* [Die Wiederinbetriebnahme von Atomkraftwerken und der Tests in der Wiederaufbereitungsanlage Rokkasho verhindern!], 23. März 2012. http://seikatsuclub.coop/coop/newspdf/soshinet_houshin.pdf (Zugriff vom 25.04.2012).
- Spiegel online 2011. *Angst in Tokio nach dritter Fukushima-Explosion*, 14. März 2011. <http://www.spiegel.de/panorama/liveticker-angst-in-tokio-nach-dritter-fukushima-explosion-a-750817.html> (Zugriff vom 14.05.1012).
- Symonds, Peter 2011. *Calls for Japanese PM to resign over nuclear crisis*. <http://www.wsws.org/articles/2011/apr2011/japa-a20.shtml> (Zugriff vom 19.03.2012).
- Tabuchi, Hiroko 2011. »Japan's Prime Minister likely to resign, minister says«, in *New York Times*, 23. August 2011. http://www.nytimes.com/2011/08/24/world/asia/24japan.html?_r=1 (Zugriff vom 15.02.2012).
- Tagesschau 2011. *Verstrahltes Rindfleisch schreckt Japaner auf*, 18. Juli 2011. <http://www.tagesschau.de/ausland/japanfleisch100.html> (Zugriff vom 02.05.2012).
- Watanabe, Chisaki 2011. »Noda tells wary Japanese nuclear power is needed to save economy«, in *Bloomberg.com*, 5. September 2011. <http://www.bloomberg.com/news/2011-09-04/noda-tells-japanese-atomic-power-needed-to-save-economy-as-he-takes-office.html> (Zugriff vom 10.01.2012).
- WDR 2011. *Strahlende Karten – Radioaktive Belastung in Ostjapan*, 15. November 2011. <http://www.wdr5.de/sendungen/leonardo/s/d/15.11.2011-16.05/b/strahlende-karten-radioaktive-belastung-in-ostjapan.html> (Zugriff vom 10.05.2012).
- Welt online 2011. *Schwere Explosion erschüttert Fukushima-Reaktor 2*, 15. März 2011. <http://www.welt.de/vermischtes/weltgeschehen/article12823909/Schwere-Explosion-erschuettert-Fukushima-Reaktor-2.html> (Zugriff vom 14.05.2012).
- Wiesenthal, Helmut 1994. »Lernchancen der Risikogesellschaft. Über gesellschaftliche Innovationspotentiale und die Grenzen der Risikosoziologie«, in: *Leviathan* 22, 1, S. 135-159.
- Yasunari, Teppi J. et al. 2011. »Cesium-137 deposition and contamination of Japanese soils due to the Fukushima nuclear accident«, in *PENAS* 108, 49, S. 19530-19534.
- Yomiuri shinbun 2012. *Sôsenkyô 2012* [Die Unterhauswahl 2012], 17. Dezember 2012. <http://www.yomiuri.co.jp/election/shugiin/2012/kaihyou> (Zugriff vom 19.12.2012).
- Yoshibumi, Wakamiya 2011. *Kan should step down and return to being a guerrilla lawmaker*, 4. August 2011. <http://ajw.asahi.com/article/0311disaster/opinion/AJ201108045264> (Zugriff vom 14.01.2013).

Anhang

Tabelle 1: *Einschätzung des Gefährdungsgrads nach Präfekturen*

Einstufung	Gefährdungsgrad	Gebiet
Sehr stark gefährdet	4	Fukushima (bes. die Umgebung des Kraftwerks)
Stark gefährdet	3	Miyagi, Ibaraki
Gefährdet	2	Iwate, Yamagata, Tochigi, Chiba
Gering gefährdet	1	Übriges Ostjapan*
Nicht/kaum gefährdet	0	Westjapan**

Quelle: Yasunari et al. 2011.

* Präfekturen Hokkaidô, Aomori, Akita, Niigata, Toyama, Ishikawa, Fukui, Gunma, Saitama, Tôkyô, Kanagawa, Yamanashi, Nagano, Gifu, Shizuoka, Aichi.

** Präfekturen Mie, Shiga, Kyôto, Ôsaka, Hyôgo, Nara, Wakayama, Tottori, Shimane, Okayama, Hiroshima, Yamaguchi, Tokushima, Kagawa, Ehime, Kôchi, Fukuoka, Saga, Nagasaki, Kumamoto, Ôita, Miyazaki, Kagoshima, Okinawa.

Tabelle 2: *Ergebnis der Untersuchung in Supermärkten*

Kinokuniya									
	4. Januar 2012			17. Januar 2012			1. Februar 2012		
Sorte	Herkunft	GG	Preis (Yen)	Herkunft	GG	Preis (Yen)	Herkunft	GG	Preis (Yen)
<i>Lauch</i>	Saitama	1	350	Ôita	0	298	Ôita	0	298
<i>Eisbergsalat</i>	Shizuoka	1	350	Shizuoka	1	350	Shizuoka	1	350
<i>Chinakohl</i>	Wakayama	0	270	Wakayama	0	229	Wakayama	0	299
<i>Spinat</i>	Saitama	1	350	Kyôto	0	500	Iwate	2	350
<i>Zwiebeln</i>	Hokkaidô	1	280	Hokkaidô	1	173	Hokkaidô	1	188
<i>Weißkohl</i>	Kanagawa	1	280	Kanagawa	1	298	Kanagawa	1	298
<i>Kartoffeln</i>	Hokkaidô	1	250	Hokkaidô	1	230	Hokkaidô	1	280
<i>Süßkartoffeln</i>	Tokushima	0	300	Tokushima	0	300	Tokushima	0	270
<i>Rettich</i>	Kanagawa	1	280	Wakayama	0	280	Kanagawa	1	280
<i>Paprika</i>	Miyazaki	0	198	Miyazaki	0	198	Miyazaki	0	198
<i>Pak Choi</i>	Shizuoka	1	190	Shizuoka	1	190	Shizuoka	1	190
<i>Karotten</i>	Tottori	0	250	Tottori	0	250	Tottori	0	250
GG gesamt	(Ø = 7)	8			5			8	
Gesamtpreis	(Ø = 3.298)		3.348			3.296			3.251

Yaomine									
	5. Januar 2012			15. Januar 2012			28. Januar 2012		
Sorte	Herkunft	GG	Preis (Yen)	Herkunft	GG	Preis (Yen)	Herkunft	GG	Preis (Yen)
<i>Lauch</i>	Ibaraki	3	98	Akita	1	100	Fukushima	4	178
<i>Eisbergsalat</i>	Hyôgo	1	218	Gunma	1	258	Shizuoka	1	258
<i>Chinakohl</i>	Ibaraki	3	75	Ibaraki	3	62	Ibaraki	3	98
<i>Spinat</i>	Kanagawa	1	398	Kanagawa	1	298	Kanagawa	1	198
<i>Zwiebeln</i>	Hokkaidô	1	100	Hokkaidô	1	100	Hokkaidô	1	98
<i>Weißkohl</i>	Kanagawa	1	178	Kanagawa	1	248	Kanagawa	1	198
<i>Kartoffeln</i>	Hokkaidô	1	78	Hokkaidô	1	78	Hokkaidô	1	65
<i>Süßkartoffeln</i>	Ibaraki	3	66	Ibaraki	3	99	Ibaraki	3	99
<i>Rettich</i>	Kanagawa	1	198	Kanagawa	1	178	Kanagawa	1	258
<i>Paprika</i>	Ibaraki	3	118	Ibaraki	3	118	Kôchi	0	158
<i>Pak Choi</i>	Ibaraki	3	298	Ibaraki	3	298	Ibaraki	3	98
<i>Karotten</i>	Chiba	2	55	Chiba	2	39	Chiba	2	39
GG gesamt	(\bar{O} = 22)	23			21			21	
Gesamtpreis	(\bar{O} = 1.834)		1.881			1.877			1.746

Quelle: eigene Erhebung.

Anmerkung: GG = Gefährdungsgrad; siehe auch Tabelle 1; \bar{O} = Durchschnitt.

Zusammenfassung: Seit der Atomkatastrophe von Fukushima rückt die Interpretation fortgeschrittener Gesellschaften als »Risikogesellschaften« wieder ins Bewusstsein. Lassen sich die Thesen und Prognosen zur Risikogesellschaft nach der Atomkatastrophe in Japan bestätigen und hat die Katastrophe einen Bewusstwerdungsprozess befördert, der politische Lösungen einfordert? Viele der angenommenen Zusammenhänge treffen auf den japanischen Fall zu, doch bedurfte es der sinnlichen Wahrnehmung, um einen Bewusstwerdungsprozess in Gang zu setzen, und die Risikofolgen ließen sich örtlich wie sozial eingrenzen. In fortgeschrittenen Industriegesellschaften werden klassenspezifische Verteilungskonflikte somit nicht ersetzt durch klassenunspezifische Gefährdungslagen. Im Gegenteil scheinen diese als Teil der Konfliktstruktur entwickelter Gesellschaften soziale Ungleichheiten eher zu verschärfen.

Stichworte: Risikogesellschaft, Japan, Fukushima, Bürgerprotest, Atomkraft, Postmoderne

Japan in the aftermath of Fukushima: a »residual risk society« in transition?

Summary: Since the nuclear disaster in Fukushima the interpretation of advanced societies as "risk societies" and the associated social and political implications became more topical than ever. Can the assumptions of the «risk society» be confirmed by the Japanese case and did the disaster foster a process of awareness that calls for political solutions? Many of the assumed relationships can be applied to the Japanese case. However, in contrast to the assumptions of "risk society", it was the particular experience that promoted increased awareness. Further, risks can be curtailed, both locally and socially. Thus, in advanced contemporary society, class-based inequalities are not replaced by a fundamentally different form of distribution. Quite the contrary, risks as an integral part of the conflict structure of advanced industrial societies appear to deepen social inequalities rather than eliminate them.

Keywords: risk society, Japan, Fukushima, citizen protest, nuclear power, post modernity

Autorin

apl. Prof. Dr. Carmen Schmidt
Fachbereich Sozialwissenschaften (Politische Soziologie)
Sprecherin Forschungsstelle Japan
Universität Osnabrück
Seminarstrasse 33
49074 Osnabrück
carmschm@uos.de